Nr. 317

2. Februar 1995

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



Hallo!
Da uns leider kein Bericht von der Antifa-Demo vom 29.1. erreicht hat, dazu nur ein Zeitungsausschnitt und ein Bild von der Antifa-Demo in Quedlinburg. Selber schuld, ätsch!
Besonders hinweisen wollen wir darauf, daß jetzt wohl doch was gegen den Klimagipfel läuft (außer von der von Senatens gesponsorten Opposition). Ein Aufruf zu einem Treffen ist im Heft.
Zu der Diskussion um Earth First: EF hat sich bisher weder inhaltlich zu der an ihnen geübten Kritik geäußert, noch die von ihnen gegen die Gruppe im Rausch der Tiefe angedrohte Gewaltanwendung zurückgenommen. Für eine Gruppe, die sich selber dem linken Spektrum zuordnet, müsste das eigentlich selbstverständlich sein und ist überfällig. Einen Beitrag, der sich auf inhaltlicher Ebene kritisch mit beiden Positionen auseinandersetzt findet ihr auch in diesem Heft.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

INHALTE?



Antifa-Demo gegen S. Hupka in Quedlinburg

Ordner:
-Scherben im Spiegelkabinett (zum 8. Mai)
-Einladung zum BesetzterInnenkongreß in Leipzig (siehe Seite 8, in diesem Heft)
-VS-Anwerbeversuch in Wuppertal
-Offener Brief an Schnoor
-Brief von "im Rausch der Tiefe" an Earth First
-Brief von "Instinkte" an "im Rausch der Tiefe"

2.500 Menschen auf Antifa-Demo

Mehr als 2.500 Menschen nahmen gestern nachmittag an einer antifaschistischen Demonstration in Prenzlauer Berg teil. Mit der Aktion, zu der ein Bündnis von mehr als 20 antifaschistischen Gruppen aufgerufen hatte, sollte an den 62. Jahrestag der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erinnert und gleichzeitig auf die Aktivitäten der neonazistischen FAP im Stadtteil aufmerksam gemacht werden.

Ursprünglich sollte der Aufzug an der Wohnung des FAP-Landesvorsitzenden, Lars Burmeister, in der Grellstraße vorbeiziehen. Das wurde aber gestern vom Oberverwaltungsgericht nach einigem Hin und Her endgültig untersagt. Daraufhin zogen die DemonstrantInnen vom Ernst-Thälmann-Denkmal über das Bötzowviertel zum Wasserturm an der Rykestraße/Knaackstraße, wo sich in den Jahren 1933 und 1934 ein provisorisches Konzentrationslager der SA befunden hatte. Dort wurde in einer Schweigeminute der Opfer des faschistischen Terrors gedacht und ein Kranz niedergelegt. Alte Antifaschisten, unter ihnen PDS-Bundestagsabgeordneter und Schriftsteller Stefan Heym, machten in Reden deutlich, daß die politische Lage 1933 der heutigen „recht ähnlich“ sei und riefen zu „Wachsamkeit gegenüber allen neofaschistischen Tendenzen“ auf.

→ ZUM ZWEITEN MAL: ←

Bargeld für alle

Einkauf von Lebensmitteln aus den Berliner Flüchtlingswohnheimen

Vor einem Jahr trat das Asylberwerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Kraft. Kurz zusammengefaßt hat es für einen großen Teil der hierher geflohenen Menschen zu Folge:

- starke Einschränkungen im Recht auf eine medizinische Versorgung,
- die Möglichkeit, zu Arbeit für DM 2,- pro Stunde verpflichtet zu werden, und
- Sachleistungen statt Sozialhilfe, abgesehen von DM 80,- pro Monat Taschengeld.

Das Sachleistungsprinzip wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt. In Berlin ist es z.B. so, daß in mindestens zwei großen Heimen bargeldlos (für DM 264,- im Monat) in einem heimeigenen Laden eingekauft werden muß. Die Preise in dem Laden sind teilweise überteuert, das Personal nicht besonders freundlich, die HeimbewohnerInnen auf die begrenzeten Öffnungszeiten, die Einkaufsbedingungen und das Warenangebot dieses einen Ladens angewiesen. Von DM 80,- Taschengeld können keine AnwältInnen und andere (für das Asylverfahren notwendige) Ausgaben bezahlt werden. Dies alles bedeutet weitere Entmündigung und Rechtlosigkeit für die Flüchtlinge. Viele HeimbewohnerInnen versuchen deshalb irgendwie, an Bargeld heranzukommen.

Eine Möglichkeit, dies zu unterstützen, wäre es, den BewohnerInnen Waren aus dem Laden zum Einkaufspreis, (z.B. 500g Jacobs-Kaffee für DM 10,-) abzukaufen.

Wir können dieses Gesetz, das Teil eines zunehmend offensiver und rücksichtsloser auftretenden Rassismus in der BRD ist, weder heute noch morgen kippen. Was wir tun können, ist aber zweierlei: die Profiteure, Verantwortlichen und Ausführenden solcher Regelungen zu behindern und den Alltag der Flüchtlinge durch praktische Unterstützung etwas menschenwürdiger zu gestalten. Beides sollte nicht ohne das andere geschehen!

Da wir selbst nicht über die Massen an Bargeld verfügen, wollen wir die aufgekauften Waren (das werden hauptsächlich Kaffee, Tee, Schokolade, Waschpulver und Speiseöl sein) an Euch weiterverkaufen.

Deshalb findet (erneut probeweise)
am **Sonntag, dem 5. Februar 1995**
von 14.30 bis 19.00 Uhr
im ***Rat&Tat*, Liebenwalder Str. 16** im Wedding
ein An- und Verkauf von Waren aus den Heimen statt.

Wenn wir die Waren nicht loswerden, können wir auch nur begrenzt aufkaufen. Daher hoffen wir, daß viele den Weg in den Wedding finden.

Ansonsten forden wir nach wie vor:

UNGEKÜRZTE BARAUSZAHLUNG (MINDESTENS) DER SOZIALHILFE!
ABSCHAFFUNG DER RASSISITISCHEN AUSLÄNDERiNNENGESETZGEBUNG!

Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz,
c/o Rat&Tat, Liebenwalder Str. 16, 13347 Berlin

und tschüß?

Neues vom Umbruch-Bildarchiv

»Manch platter Worte überdrüssig, machten wir uns auf die Suche nach einer anderen, einer Bildersprache. Eine, die der Lebendigkeit und Trotzigkeit, mit denen sich Menschen hier und anderswo wehren, gerecht wird. So entstanden »Graffitis«. Von Nadelstichen gegen Spekulanten und Banker; von Hilflosigkeit und Wut während des Golfkrieges; Gegenöffentlichkeit sogenannter Minderheiten; Werbung und Unterstützung für Bewegung in dieser Stadt, ob beim Knastkonzert vor Moabit, den Mai- oder Mainzer tagen oder dem Straßenfest im Weisekiez oder...«

Selbstdarstellung Umbruch



Liebe Leute,

möglicherweise müssen wir das Bildarchiv innerhalb des nächsten Jahres dicht machen. Wir schreiben diesen offenen Brief, um unsere Situation nachvollziehbar zu machen, jedoch auch um rauszukriegen, ob so eine Einrichtung heute noch Sinn macht. Wir freuen uns über Reaktionen...!

Seit einigen Jahren machen wir mit obigem Konzept in der Eisenbahnstraße ein Fotoarchiv und eine Werkstatt für linke Gegenöffentlichkeit. Verschiedene FotografInnen stellen dem Archiv ihre Bilder zur Verfügung. Das Archiv ist nicht-kommerziell. Die FotografInnen können sich darauf verlassen, daß ihre Bilder benutzt werden und damit keine/r Knete machen will.

Die festen Kosten für Miete, Technik, Material und begrenzt für Löhne bekommen wir zum großen Teil über kommerzielle Aufträge herein – von anderen Druckereien und darüber, daß wir die Druckvorlagen herstellen, wenn ihr z.B. Fotos aus dem Archiv für Plakate verwendet. So war es bisher und die Einnahmen reichten für den laufenden Betrieb knapp aus. Das hat sich geändert aus verschiedenen Gründen.

Technische Weiterentwicklung

Mittlerweile haben die meisten linken Projekte ihren eigenen Computer, mit denen sie ihre Druckvorlagen komplett erstellen können. In letzter Zeit kommt es häufiger vor, daß Leute Fotos aus dem Archiv am liebsten ausleihen, um sie zuhause, in der Redaktion, an der Uni... einzuscannen und dort weiter zu verarbeiten. Meistens sind das dringende Geschichten, wo wir die berühmte »Ausnahme« gemacht haben, obwohl wir Fotos eigentlich nicht weggeben. Unser hauptsächlicher »finanzieller Arm« - die Reprokamera – wird dadurch zunehmend bedeutungsloser.

Individualisierung

Verbunden mit der technischen Entwicklung der Printmedien ist eine Individualisierung. Für Einzelne ergeben sich neue Möglichkeiten, die eigenen Ideen unter die Leute zu bringen (wobei dies häufig noch Computerfreaks überlassen bleibt). Für Druckereien, Satzbetriebe, Kollektive..., die auch davon leben wollen, verstärkt sich der ökonomische Druck. Viele Geräte sind nicht ausgelastet, Aufträge und Subventionen fallen weg...

»Medientreff«

Wegen der technischen Möglichkeiten allein lohnt es sich also nicht, die Etage hier zu halten. Genauso wichtig ist uns jedoch ein anderer Punkt: Über die gemeinsame Notwendigkeit von Produktionsmitteln und Räumen gab es in der Eisenbahnstraße immer wieder auch politisch einen

Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen und gegenseitige Unterstützung. Ob es dafür noch Bedarf gibt, können wir im Moment nicht einschätzen und sind von daher gespannt auf eure Meinung! Letztendlich halten wir dies für den Knackpunkt, ob es Sinn macht, die Etage hier zu halten oder nicht.
Wir können dazu nur einen begrenzten Vorschlag machen:
1. Wir würden gern die Etage verstärkt in dem obigen Sinne nutzen: Austausch und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projekten.
2. Dazu gibt es die Idee, eine Art »Medientreff« in der Eisenbahnstraße einzurichten. Alle zwei Wochen (z. B. am Wochenende) soll es Veranstaltungen und Workshops von und mit Leuten geben, die an linksradikaler Medienarbeit Interesse haben. (Plakat-, Foto-, Satzworkshops; Videonacht mit unterschiedlichen Schwerpunkten; Kollektivetreffen von Projekten die vor ähnlichen Schwierigkeiten wie wir gerade stehen u.a.) Könnt ihr euch vorstellen, auch einen Abend vorzubereiten?
3. Technische Möglichkeiten stellen für Leute, die ein neues Projekt beginnen (Zeitung...) oder keine eigenen Geräte zur Verfügung haben (486 Rechner, Scanner, 600-dpi-Laserdrucker, Kopierer, Lichttische, Fotolabor).
Dazu werden wir uns voraussichtlich einen zusätzlichen Rechner anschaffen, um bessere Satz- und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.
4. die Straße zur Bühne machen
z. B. durch eine kontinuierliche »Graffiti-Dia-Show« auf öffentlichen Plätzen (mit Dias zu aktuellen Bewegungen, Ankündigungen...)
durch Fotoausstellungen und Happenings (z. B. wie »SO-Tage«)
5. Ausbau des Bildarchivs
(wie bisher) - Postkartenserien zu unterschiedlichen Schwerpunkten.

Wie ihr seht, an Ideen mangelt es nicht. Ob es klappt, hängt auch davon ab, ob ihr an sowas Interesse habt (wenn ja, meldet euch bitte im Laufe des Februars/März, weil wir gern im April mit den verschiedenen Projekten beginnen wollen) und davon, ob wir unser finanzielles Problem in den Griff bekommen. Auch dazu müssen wir einiges ändern: In Zukunft können wir tatsächlich unsere Fotos nicht einfach mehr so verleihen. Wir haben etwa 1.600 DM Festkosten für Miete, Strom, Wartung, Material... ohne Löhne. Zumindest einen Teil der Kosten müssen wir über das Archiv abdecken. Wir werden deshalb ab sofort auch das Scannen von Bildern anbieten, falls ihr sie in Eurem PC weiterverarbeiten wollt. Ähnlich wie beim rastern wird es auch hier einen Normalpreis geben, der sich an den Reprokosten orientiert und einen Unterstützungspreis für Leute, die keine Zuschüsse kriegen oder kein Geld haben. Wobei wir darauf vertrauen, daß ihr mit guckt, wie es nicht nur für Euch am günstigsten ist.
Außerdem freuen wir uns natürlich, wenn ihr ein wenig Werbung für uns macht, (für kommerzielle Aufträge - Repro- oder Satzarbeiten).
Wir sind nicht ganz glücklich mit diesem Vorschlag, weil andere Kollektive ein ähnliches Lied singen könnten und wir im Grunde einen allgemeineren Ausweg besser fänden. Allerdings ist uns dazu bis jetzt noch nichts Gutes eingefallen; außer daß vielleicht andere Kollektive ebenfalls ihre Situation öffentlich machen und darüber eine Diskussion beginnt.

Umbruch

REPUBLIK FREIES WENDLAND

- AUFRUF -

Der in buchstäblich letzter Minute vom Verwaltungsgericht in Lüneburg gestoppte erste Castor-Transport nach Gorleben markierte einen vorläufigen Schlußstrich unter die seit Pfingsten '94 andauernde Alarmbereitschaft. Es gibt kaum einen Zweifel, daß diese Entscheidung eine poltische und dem andauerndem Protest und Widerstand geschuldet war.

Auch wenn es damit gelungen ist, einen Erfolg zu verbuchen, so besteht dennoch zu Euphorie kein Anlaß. Denn wir alle wissen, daß die unselige Allianz aus Politik, Wirtschaft und Kapital an diesem Transport festhalten will und die Kampagne zur Verhinderung des Transportes beileibe nicht beendet sein kann. Auch im 18. Widerstandsjahr kann es demnach nur heißen:

DER KAMPF GEHT WEITER

Der seit dem 19.Juli 1994 auf dem Gelände des AKW-Phillipsburg bereitstehende Behälter soll den Weg ebnen für mindestens fünf weitere Transporte in diesem Jahr. Ferner soll so bald wie möglich mit der Einlagerung von Glaskokillen aus der WAA La Haque begonnen werden. Durch die Kündigung von langfristigen Wiederaufarbeitungsverträgen z.B. des AKW's Krümmel mit der britischen BNFL, wächst überdies der Druck auf die "Zwischenlagerstandorte" Ahaus, Gorleben und Greifswald. In Ermangelung klarer politischer Richtlinien, schickt sich die Atomwirtschaft an, offensiv die Verhandlungen um einen "Konsens" in der Energiepolitik voranzutreiben. Dabei geht es ihr mitnichten nur darum, die Restlaufzeiten der Atommeiler langfristig abzusichern. Vielmehr will sie, zu einem Zeitpunkt relativer Ruhe, alle strittigen Punkte bereinigt wissen. Unbelastet von den ewigen Streitpunkten Gorleben, Zwischen- und Endlager kann sie sich zu den neuen Ufern auf den Weg machen, die sie längst im Visier hat. Der Neubau von AKW's zählt hierzu genauso wie die Entwicklung und der Bau eines Fusionsreaktors.

DEN CASTOR VERHINDERN

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich gezeigt, daß der Protest und Widerstand gegen diesen Transport, sich auf vielfältige Art und Weise zu artikulieren vermag. Von Anzeigen in der regionalen EJZ, über Demos mit Festivalcharakter, der Errichtung eines Hüttendorfes, Blockaden von Zufahrtswegen zu den Atomanlagen, aber auch von Verkehrseinrichtungen die in den Landkreis führen, über Aktionen, die kreativ das Gewaltmonopol des Staates unterlaufen, bis hin zu Sabotageaktionen, die sich gegen die DB als zuständige Transportfirma richteten, reichte das Spektrum. Diese diffuse Breite und Vielfalt, diese Unkalkulierbarkeit, diese Flexibilität ist es, welche jene Mischung hervorbringt, die der Gegenseite Kopfschmerzen zu bereiten vermag und die von Beginn an die Stärke der Anti-AKW-Bewegung ausmacht. Denn der Protest und Widerstand, der gegen den Castor deutlich wird, ist immer auch zentraler Bestandteil des Kampfes gegen das Atomprogramm. Dieses ist finanziell und strukturell auf große Konzerne, Massenproduktion und -verbrauch zugeschnitten. Die Monopole der Energieerzeuger und Atomfirmen blockieren eine flexibele, ökologische und der jeweiligen Region angepaßte Energieerzeugung. Auch ist die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie von deren militärischer in Wirklichkeit nicht zu trennen. Anders als etwa in Frankreich steht hierzulande die Gesetzeslage einer eindeutigen militärischen Nutzung noch im Wege. Es ist jedoch zu befürchten, daß im Zuge der Europäischen Kooperation die Atomkonzerne sich nicht an die derzeitige Gesetzeslage gebunden sehen und sie in Zusammenarbeit mit der politischen Klasse ihren Interessen anpassen werden.

Gorleben und der Castor sind ein politisches Symbol für die Auseinandersetzungen um diese menschenverachtende Technologie. Hier wird deutlich, wie die Herrschenden die Interessen der Menschen und ihre Ängste bewerten. Die Atommafia aus Konzernen, Wissenschaft und Politik ordnet bedenkenlos die Lebensinteressen der Menschen ihrem wirtschaftlichen Kalkül unter. Die Erfahrung lehrt, daß die vielgerühmte Rechtsstaatlichkeit lediglich jene Profitinteressen schützt, die für den ökologischen Ausverkauf verantwortlich zeichnet.. Damit ist Gorleben in diesem Lande aber auch das vielleicht letzte Symbol eines Kampfes, der sich gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen richtet, freilich ohne sich darin zu erschöpfen. Zumindest in Ansätzen scheint er hier noch lebendig, der Traum von einer Sache, jener Traum von einer egalitären, herrschaftsfreien Gesellschaft.

der Lupus-Gruppe zu, wenn sie schreibt: "Es ging und geht vor allem darum, die sich aus der '*besonderen* Verantwortung' ergebenden *Einschränkungen*, vom Defensivcharakter der Bundeswehr bis hin zum Asylrecht *auszuhebeln* - materiell und ideologisch. Neudeutsch gesagt: einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen, um ohne 'ewige Schuld' *dieselben Schweinereien* machen zu können, *wie alle anderen imperialistischen Mitkonkurrenten auch*." (aus: *Lichterketten und andere Irrlichter*. Texte gegen finstere Zeiten, S. 103, unsere Hervorh.).

II. One oppression oder triple oppression?

Eine Stärke der antideutschen Analysen ist die Herausarbeitung eines nicht-verelendungstheoretischen Rassismusbegriffs; also die Erkenntnis, daß Rassismus nicht einfach auf die Manipulation verelendeter Teile 'des Volkes' durch die 'da oben' zurückzuführen ist. Dies wird im '*Mea Culpa*'-Papier (interim 312), dessen Kritik am antideutschen SektiererInnentum wir in vielfacher Hinsicht teilen, leider ignoriert. Der Text bezieht sich *als Alternative* zur antideutschen Politik auf nicht näher ausgewiesene "soziale Kämpfe", ohne sich von Ökonomismus (Rassismus als Ausdruck des Warenverhältnisses), Klassenreduktionismus und verelendungstheoretischen Rassismus-Erklärungen abzugrenzen. Dies kann zumindest zu Mißverständnissen Anlaß geben. Wenn *wir* auf die genannten Probleme beim Bezug auf "soziale Kämpfe" hinweisen, dann heißt das allerdings für uns (anders als für die Antideutschen) nicht, alle Kämpfe außerhalb der antideutschen Strömung als "Nachvollzug der inneren Einheit Deutschlands" zu betrachten. Denn aus der richtigen Erkenntnis, daß der direkte Kampf gegen Rassismus (bspw. in der ArbeiterInnenklasse oder unter weißen Frauen) *nicht* durch die Entwicklung des Klassen- oder feministischen Kampfes *ersetzt* werden kann, läßt sich nicht schlußfolgern, daß diese Kämpf *als solche* rassistisch bzw. deutsch-national sind. Klar ist, daß die gesellschaftlich relevanten Kämpfe, die in der BRD momentan geführt werden, nicht auf die Umwälzung der Klassen- und/oder Geschlechterverhältnisse zielen. Die wenigen und nicht besonders erfolgreichen Kämpfe, die geführt werden, zielen auf Verbesserung oder gar nur die Abwehr von Verschlechterungen im Bestehenden. Aber *wie* soll es möglich sein, in diese Kämpfe radikalisierend *einzugreifen*, *wenn* wir sie rechts *liegen lassen*? -

Beide Strömungen - die Antideutschen und ihre an "sozialen(?) Kämpfen" orientierten KritikerInnen - gehen mehrheitlich von *einem* Hauptwiderspruch aus. Für die KritikerInnen der Antideutschen ist es häufig in traditionsmarxistischer Weise der Widerspruch Kapital - Arbeit; Rassismus und Patriarchat spielen für sie dann keine Rolle. Für die Antideutschen ist der Hauptwiderspruch 'deutsch - nichtdeutsch'. Für andere antagonistische Widersprüche wie Patriarchat, Klassenwiderspruch und nichtdeutsche Rassismen ist auch in den antideutschen Analysen kein Platz. Vielmehr unterstützen sie, zumindest taktisch, nichtdeutsche Rassismen, wenn sie z.B. auf die britischen Konservativen als antideutschen Kraft setzen, aber zum britischen Rassismus gegen Schwarze oder IrInnen schweigen.

III. Alexander von Stahl hat recht!

Genauso undifferenziert wie die Analyse aktueller Kämpfe durch die Antideutschen ist, sind deren Thesen, mit den Bombenangriffen auf Dresden hätten "die Deutschen endlich eins auf die Schnauze bekommen" (O-Ton vom antinationalen Vorbereitungstreffen); "nach der Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum 'totalen Krieg' (Goebbels)" habe es "faktisch keine Zivilbevölkerung mehr gegeben" (interim 313).

Tatsache ist, daß sich die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ab 1936 mit der Politik der Nazis einverstanden erklärte. Die WählerInnenbasis der NSDAP betrug bereits 1933 fast 45%, die UnterstützerInnenbasis wuchs schon kurz nach der Etablierung des Faschismus weiter an. Zu dieser Etablierung bedurfte es allerdings des Terrors gegen KommunistInnen, SozialdemokratInnen, Teile der Gewerkschaften und unorganisierte AntifaschistInnen.

Insofern ist zwar die antideutsche Kritik daran, *allein* den kleinen Kreis - wahlweise - "der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (Dimitroff/KomIntern) bzw. des Patriarchats für den Nazi-Faschismus verantwortlich zu machen, richtig. Allerdings ist es genauso falsch, *alle* Deutschen (Frauen, ArbeiterInnen, ...) zu MittäterInnen und MitläuferInnen zu erklären und in dem Zusammenhang sogar die neue Frauenbewegung in der BRD als "etwas anderen BdM" zu denunzieren (so geschehen in der Ankündigung zum *Konkret*-Kongreß im Sommer 1993). Denn gerade von Feministinnen gab es heftige Kritik an der These von *Teilen* der Frauenbewegung, die Frau *per se* sei Opfer des Faschismus gewesen, und so zu übersehen, daß viele deutsche Frauen in das System eingebunden waren, die Politik mittrugen und davon profitierten.

Auch die "Wollt Ihr den totalen Krieg?"-Rede von Goebbels schließlich beweist das, was sie beweisen soll, (die Richtigkeit der These "die Deutschen" hätten dem "totalen Krieg" zugestimmt und deshalb in Dresden zu Recht eins aufs Maul bekommen) nicht. Die Rede sollte zwar die Einheit von Volk und Faschismus suggerieren (und dadurch produzieren), aber wegen dieser Suggestionsabsicht wurde sie vor einer Versammlung von NazifunktionärInnen gehal-

ten. Welche Beweiskraft hat deren Jubel?
Die These von der "Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum 'totalen Krieg'" ignoriert die unterschiedlichen Formen individuellen und kollektiven antifaschistischen Widerstandes. In diesen Widerstandsbegriff schließen wir jene ein, die aus Mitleid KZ-Häftlingen Brot oder Wasser gaben, oder Menschen, die Handzettel gegen den Krieg verteilten, nachdem ihre Angehörigen an der Front (oder bei alliierte Bombenangriffen...) gestorben waren. In Bezug auf eine Zeit, wo für das Hören von ausländischen Radiosendern die Todesstrafe drohte, ist es vermessen, derartige Widerstandsformen als harmlos abzutun. - Ja, es waren Wenige, die sich dazu bereit fanden, und diese Wenigen wurden bis auf Ausnahmen auch nach 1945 diskriminiert. Sie aber auch unsererseits totzuschweigen, würde bedeuten, das faschistische und deutschnationale Bild vom "deutschen Volk" zu stabilisieren.
Wir halten es demgegenüber mit Ex-Generalbundesanwalt von Stahl, der sagt: "Für diejenigen, die die Mordmaschine der Konzentrationslager überlebten, für diejenigen, denen sich die Tore der Zuchthäuser öffneten, für die Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten war die deutsche Niederlage der Tag ihrer Befreiung - für die Mehrzahl der Deutschen nicht." (*Die Woche*, 30.12.1994, S. 2). Anders als von Stahl beziehen wir uns allerdings nicht auf die "Mehrzahl der Deutschen", sondern auf diejenigen Deut hen und Nicht-Deutschen, für d die Kapitulation Nazi-Deutschl. nds eine Befreiung war!
Aber noch einmal zurück zur These, in Dresden hätten "die Deutschen endlich eins auf die Schnauze bekommen". Nicht nur Deutsche (eine kleine Minderheit WiderständlerInnen, untergetauchter Juden und Jüdinnen und eine große Mehrheit MittäterInnen) haben in Dresden eins auf die Schnauze bekommen. In Dresden lebten nämlich nicht nur Deutsche, sondern auch FremdarbeiterInnen und Kriegsgefangene aus verschiedenen Ländern.
Auch wenn wir nicht der Illusion einer 'sauberen Kriegsführung' anhängen und auch den Gedanken an die Notwendigkeit einer Demoralisierung der MitläuferInnen nicht von vornherein zurückweisen, stellt sich doch die *Frage, ob die Bomben* auf Dresden *nicht* effektiver für das Ziel, die Niederlage Nazi-Deutschlands zu erreichen, *hätten eingesetzt werden können*. Deshalb finden wir es falsch, wenn für die Antideutschen "die Haltung zur Bombardierung Dresdens faktisch ein Lakmustest für die Haltung zu diesem Land" (interim 313) bzw. das wesentliche Kriterium für die Bestimmung von Aktionen zum 8. Mai ist.

IV. Gibt es eine Alternative zu Aufrechnerei und Kritiklosigkeit?

Ebenso wie die Antideutschen verteidigen wir alle Aktionen der Anti-Hitler-Koalition, die der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerregimes dienten, gegen deutsch-nationale Kritik. Ebenso lehnen wir alle Versuche ab, die Bombardierung Dresdens oder anderer deutscher Städte oder die Aussiedlung Deutscher aus den vom Faschismus überfallenen Nachbarländern oder die Vergewaltigung von Frauen durch Soldaten der Anti-Hitler-Koalition mit dem Faschismus und der Shoah aufzurechnen. Wir halten es allerdings auch in diesen Fällen für möglich und nötig, patriarchales, antisemitisches oder rassistisches Verhalten von Soldaten der Anti-Hitler-Koalition zu benennen und zu kritisieren und das nicht denen zu überlassen, die damit das Faschismus-Regime relativieren wollen. Wir stimmen Ingrid Strobl zu, die im Zusammenhang mit den Vergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten schreibt: "Es ist nicht zu leugnen und soll auch nicht geleugnet werden, daß Rot-armisten einzeln und in Gruppen Massen von Frauen und Mädchen in den ehemaligen Ostgebieten und in Berlin vergewaltigt haben. ... Aber auch Vergewaltigungen spielen sich in einem bestimmten Kontext ab und dieser muß dann thematisiert werden, wenn eine bestimmte Gruppe von Vergewaltigern und Vergewaltigten hervorgehoben wird." (aus: *Das Feld des Vergessens*. Jüdischer Widerstand und deutsche Vergangenheitsbewältigung, S. 92).
Wenn es um die Politik der Alliierten geht, sollte schließlich die aktive und passive Rolle des britischen und französischen Imperialismus bei der Etablierung des deutschen Faschismus; die Versuche gerade der britischen Konservativen, den Faschismus als Speerspitze gegen die Sowjetunion zu fördern; die Politik Frankreichs und Großbritanniens gegenüber politischen Flüchtlingen und jüdischen Menschen aus Deutschland berücksichtigt werden. In Bezug auf die Sowjetunion wäre deren Politik gegenüber politischen Flüchtlingen aus Deutschland und der gesamte Komplex des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts einer kritischen Untersuchung zu unterziehen.
Zu verschiedenen Zeiten und unter unterschiedlichen Aspekte haben also Teile der späteren Anti-Hitler-Koalition den Sturz des Faschismus hintertrieben bzw. das Faschismus-Regime stabilisiert oder Faschismus-GegnerInnen daran gehindert, einen eigenständigen Kampf für einen schnellen Sturz des Faschismus zu führen. Auch alldies kann und soll die Hauptverantwortung der deutschen Nazis und ihrer deutschen Helfershelfer nicht in Frage stellt; sehr wohl in Frage stellen kann es aber eine bündnispolitische Orientierung, die die vorrangigen BündnispartnerInnen in (vermeintlich) antideutschen Kräfte in anderen Ländern (egal welcher sonstigen politischen Coleur) sieht, anstatt vorrangig auf die Stärkung antiimperialistischer, revolutionärer Positionen in der hiesigen Lin-

Hausbesetzungen...

BERICHT ÜBER DIE HAUSBESETZUNG IN DER SCHWERINER "SCHWEINEKURVE"

seit dem 18.10.1994 haben wir das ehemalige NVA- objekt in der "SCHWEINE-KURVE" besetzt. wir, das sind ca.20 junge leute welche teilweise keine wohnmöglichkeit besitzen. es folgt ein kurzer auszug aus dem brief an die wichtigsten parteien und vertreterInnen der stadt.

wir, die nutzerInnen der liegenschaft "SCHWEINEKURVE" am neumühler see, haben das leerstehende objekt (seit 1990 unbenutzt) mitte oktober besetzt. wir sind der meinung, daß es für jugendliche in schwerin zu wenig wohnraum gibt und wollen mit dieser aktion ein zeichen gegen wohnraumspekulation setzen. gerade weil es für jugendliche zu wenig raum gibt ihre träume zu realisieren, möchten wir in diesem haus zusammen leben, lieben und arbeiten.
soweit zum brief, zusammen mit diesem haben wir ein nutzungskonzept erarbeitet.
um den 18.11.1994 gab es die erste polizeiaktion gegen das haus. zuerst kamen drei polizeibeamte zum haus, etwas später zwei bis drei wannen nach. ohne angabe von gründen forderten sie die besetzerInnen auf das haus zu verlassen, für den falle einer weigerung drohten sie mit verstärkung und gewaltsamer räumung.
alle besetzerInnen verließen freiwillig das haus. vor dem haus mußten sich alle beteiligten mit gespreitzten beinen aufstellen und wurden nach waffen kontrolliert, gefunden wurde nichts. die leute ohne personalien mußten mit zur wache kommen. leider gab es auch einige beleidigungen gegen uns, ein paar besetzerInnen wurden von einer beamtIn beschimpft, wir haben die dienstnummer notiert. nach dem abzug der polizei sind wir sofort wieder in das haus gezogen.
ein paar tage später folgte der erste angriff der faschisten, das haus, besse
... terasse auf welcher sich ein mensch befand wurde mit einem leuchtspurge-
...iert, der restliche abend verlief ruhig.
...auf folgte der zweite polizeieinsatz gegen das haus und
...nnen. wieder wurden alle personalien aufgenommen, leute ohne
...ten diesmal bleiben.
...satz gab es im haus ein plenum auf welchem die öffentlich-
...chlossen wurde. es wurde ein konzept und ein brief erarbeitet
...chtigsten personen, ämter und parteien bekamen.
...uf erhielten wir die erste zuschrift mit einem gesprächsangebot.
...präch am 15.12.werden wir erscheinen und unser konzept konkreter

...n des 02.12.94 und 03.12.94 erfolgten die bisher schwersten
... faschisten auf das besetzte haus. das haus wurde bei diesen an-
...ht beschädigt, ebenfalls wurde ein bewohner von einem stein ver-
...wurden mit steinen und mit leuchtspurgeschossen überfallen. die
... beteiligten faschisten stammen zum größten teil aus schwerin und
...ilweise mit namen bekannt.
...t nur daß an diesem beiden abenden keine polizei auftauchte, diese
... uns das wochenende zuvor jede woche aufzutauchen, gab es eventuell
...sprachen?
...94 oder 06.12.94 tauchte bei uns ein vertreter des jugendamtes auf,
...en diesen ins haus. es erfolgte ein kurzes gespräch in welchen er
...tzung anbot. ein bis zwei tage später kamen vertreterInnen einer
...iven partei besichtigten das haus und versprachen ebenfalls hilfe,
...präch mit beiden vertreterInnen wird demnächst erfolgen.
...erweise steht unser projekt wohl trotzdem kurz vor dem ende. am 08.12.
...ten" uns ein paar bauarbeiter welche das haus für immer schließen
...n, dieses wurde friedlich vereitelt. wie wir vor kurzem erfahren haben,
...s haus wahrscheinlich von der stadt aufgekauft worden.

Hausbesetzungen...

bisher verliefen alle unsere aktionen am, im und um das haus friedlich, selbst bei den faschistenübergriffen oder den polizeieinsätzen handelten wir ruhig und friedlich, dieses soll auch in zukunft so bleiben.
sollten wir trotz allem geräumt werden, erfolgen in und um schwerin aktionen der besetzerInnen und deren freunde, friedlich.
am 12.12.1994 und dem darauffolgenden abend kam es zu den schwersten angriffen auf das von uns besetzte haus. etwa gegen 21 uhr wurde das das haus zweimal mit leuchtspur angegriffen, dieses geschah wieder von der anliegenden brücke aus. der angreifer flüchtete mit seinem silbernem BMW (klewe?), nachdem wir ihm mit leuchtspur antworteten. kurze zeit später folgte ein roter VW-transporter, mit etwa 10 personen. diese hielten wiederrum auf der brücke, brüllten blöde parolen und warfen steine gegen uns.
dienstag den 14.12.1994 kam es gegen 13.30 zu der unerwarteten räumung, an der sich etwa 40 bullen beteiligten. sie verschafften sich gewaltsam eintritt. unverhofft erwartete sie nur eine besetzerIn, diese wurde gleich mit vorgehaltener pistole und handschellen begrüßt. stellte dieses verängstigte mädchen etwa eine ernsthafte bedrohung dar daß mensch mit solchen 33` methoden gegen sie vorgehen muß? nun mußte die besetzerIn mit auf die wache kommen wo sie auch gleich noch etwa 2,05 stunden verhört wurde (anna und arthur halten`s maul, keine aussagen an bullen und justiz!!!). grund des verhöres war folgender unfug: BETEILIGUNG AN EINEM HAUSFRIEDENSBRUCH.
der rest der bewohnerInnen und besetzerInnen kam gegen 15.30 beim haus an und mußten entsetzt feststellen daß sich bauarbeiter im haus befanden welche versuchten alles zuzumauern. zu deren schutz wurden einige bullen angekarrt. zum zeitpunkt der "bauarbeiten" befand sich noch eigentum von uns im haus, welches uns nicht herausgegeben wurde. mensch sagte uns daß all unsere dinge bei der kripo schwerin abzuholen seien.
am gleichen tag war noch ein reporter von radio antenne MV vor ort, welcher uns die möglichkeit zur öffentlichen meinungsäußerung gab.
abends trafen wir uns noch alle im schloß bei der PDS und berieten mit ihr zusammen wie es nun mit uns weitergehen solle. der oberbürgermeister sicherte der PDS und uns zu daß er gegen 20.uhr telefonisch zu erreichen sei, leider war er zum vereinbarten termin nicht mehr erreichbar (war dieses zufall?).
am 17.12.94 trafen sich einige schwerinerInnen und antifas aus dem benachbartem umland zu einer geplanten spontandemo. leider muß irgendein verräterschwein bei der rechten szene geplaudert haben, es waren stadtbekannte nazischweine vor ort (namen sind uns bekannt). diese griffen uns sofort mit leuchtspur und faustschlägen an. **WIR BLEIBEN WEITERHIN MIT ALLEN INTERESSIERTEN IM GESPRÄCH. Wir Bleiben Alle!!!**

Freundeskreis "Schweinekurve"
Postlagernd
Mecklenburgstr.04-06
Schwerin
19007

Brandenburg an der Havel

Endlich auch in unserer Stadt das erste besetzte Haus. Anfang Dezember wurde in der Stadt Brandenburg das erste Haus besetzt. Eine Gruppe von ca. 30 Personen wurde aktiv und nahm sich das, was ihnen schon lange zusteht, ein Haus in Besitz der Stadt. Einen Tag nach der Besetzungsaktion meldete sich schon die Stadt samt aller Sozialarbeiter zu Gespröchen an, die auch schon des Öfteren geführt wurden. Wir begrüßen den Deeskalations- bzw. Kooperationskurs der Stadt, machen aber trotz allem unser Ding. Erärtert werden zur Zeit die Möglichkeiten einer Übereignung. Ein Erbpachtvertrag über ca. 30 Jahre scheint Realität zu werden. Um Verträge zu schließen, ist es aber nötig, einen Verein auf die Beine zu stellen, dies sind zwar wieder Strukturen, die wir nicht haben wollten, doch die einzige Möglichkeit für uns das Haus zu behalten. Geplant werden vielfältige Angebote im Haus, es soll ein Info-Café eingerichtet werden, die räumlichen Gegebenheiten ermöglichen uns auch kleinere Konzerte zu veranstalten und eine Besetzerzeitung wird es auch geben.

Bei Interesse: B. Setzer, Klosterstraße 1, 14776 Brandenburg a.d.H.

Rathenow

Seit Anfang November 1994 gibt es nun endlich in Rathenow wieder ein besetztes Haus. Überwiegend jüngere Leute haben sich gesagt, wir haben genug von den städtischen Jugendclubs und ergreifen selbst Initiative. In der Berlinerstraße 4 ensteht jetzt also ein Treffpunkt, eine Alternative zu den vorgekauten und langweiligen Objekten der Stadt. Das Haus in der Berlinerstraße ist in Privatbesitz, da aber der Besitzer nicht viel Interesse an seinem Eigentum (welch ein Wunder) hat, wird es vorläufig für die Bullen keinen Räumungsgrund geben. BÄÄH!



Mittendrin in Neuruppin

Ungefähr siebzig Kilometer nordwestlich von Berlin liegt die Fontane-Stadt Neuruppin. Von ihren 21000 Einwohnern sind ganze 16% ohne Arbeit. Nach der Wende wurde Neuruppin zur Attraktion für Touristen aus dem gesamten Bundesgebiet. Obwohl die Stadtväter versuchen diesem Umstand Rechnung zu tragen, hat Neuruppin außer der Geburtsstätte von KARL FRIEDRICH SCHINKEL und THEODOR FONTANE nicht viel Kulturelles zu bieten.

Dies bekommen nicht nur die Besucher zu spüren. Der triste Alltag in den Neubaughettos vor der Stadt bietet Jugendlichen nicht viel Abwechslung. Die Stadt sieht ihren Hauptangriffspunkt bei den sogenannten »gewaltbereiten Jugendlichen«. Die Gelder für die »normalen« Jugendlichen fließen hauptsächlich in ein Jugendzentrum, das bei den jungen Leuten geliebt und belacht wird. Viele Jugendliche sehen in diesem Jugendclub nicht das »Gelbe vom Ei« für ihre Freizeit.

Vor allem linksorientierte Jugendliche fühlen sich auf ganzer Breite links liegengelassen. Ihnen bleibt nur die Möglichkeit, sich in der kirchlichen Jungen Gemeinde zu treffen oder sich in ihre trübe Wohnzimmerlandschaft zurüchzuziehen. Zahlreiche Bemühungen, geeignete Räumlichkeiten für ein gemütliches Beisammensein zu erhalten, wurden von städtischer Seite glattweg abgeblockt. Vielen stinkt es, mit ihren 21 Jahren noch nicht das Elternhaus verlassen zu haben, aber Wohnraum ist knapp. Daß dieser Wohnraum gar nicht so knapp ist, wie behauptet, wird wohl jedem auffallen, der die Augen noch nicht verschlossen hat.

Als im Sommer 93 einige Jugenliche in bedrängliche Wohnnungsnot gerieten, beschloß man in kleinem Kreise, sich einfach zu nehmen, was man brauchte und was im Überfluß vorhanden war. Ein Haus mußte her. Nach einer kurzen Besetzung einigte man sich mit der Stadt und zog in ein Ausweichobjekt in derselben Straße. Um auf anderer Ebene kulturelle Abwechslung zu bieten, gründete man einen Verein. Nachdem sich die Vereinsmitglieder vom ersten bürokratischen Wust befreit hatten, wurde das »Haus« in der August Bebel Straße 17 erst einmal in Schuss gebracht. Im Untergeschoss war ein Infocafé geplant, im Obergeschoss wollte man sich einmal an alternativen Wohnformen versuchen. So entstand das »Jugendwohnprojekt MITTENDRIN«.

Daß nicht nur sie die herrschenden Zustände zum Kotzen fanden, merkten die Jugendlichen schon bald. Nachdem sie ihren Standpunkt und die Gründe für die Hausbesetzung in der Öffentlichkeit dargelegt hatten, wurden sie in vielfältiger Weise von vielen Neuruppinern unterstützt. Ausrangierte Möbel und alles, was man zum Leben braucht, waren bald vorhanden. So konnten die Leute von »MITTENDRIN« Anfang '94 ihr eigenes Infocafe eröffnen. Obwohl sich dieses nicht gerade riesiger Besucherzahlen erfreut, ist es für viele ein zweites Zuhause geworden. Die Möglichkeit, gemeinsam zu arbeiten, zu essen und zu wohnen oder auch nur zusammen schlecht drauf zu sein, stellte für viele bald eine neue Perspektive dar.

Doch damit nicht genug. Schon in der Satzung des Vereins hatten sich die Jugendlichen des Projekts vorgenommen, auch anderen Altersgenossen Möglichkeiten zur »kreativen« Freizeitgestaltung zu bieten. Anfänglich beschränkte sich diese auf das gemeinsame Organisieren von Parties und Ausflügen. Im Plenum wurden Pläne für die Zukunft geschmiedet, die größtenteils umgesetzt werden konnten. Es fanden Konzerte und Liederabende statt. Zweimal wöchentlich finden im Infocafe Film- und Informationsveranstaltungen statt, bei denen Experten zu den entsprechenden Themen zugegen sind. So konnte jeder Interessierte etwas zu Problemen von »Schwulen und Lesben«, den Konflikten in Nordirland und Palästina oder über die Situation der Freiheitskämpfer in Kuba erfahren.

Seit November erscheint monatlich das hauseigene Infoblatt »Das Mittendrin«. Neben zahlreichen Veranstaltungtips und Kulturbeiträgen informiert es über faschistische Aktivitäten und Organisationen.

Das neue Haus in der August-Bebel-Straße 17

Des öfteren luden die Leute vom »Mittendrin« auch zu Wochenendseminaren ein, bei denen man sich über Gewalt und alternative Wohnformen informieren konnte. Selbst das Fernsehen zeigte Interesse an den jungen dynamischen Leuten aus Neuruppin. So konnten sich die Jugendlichen im ORB über ihre Problemen mit »rechten« Jugendlichen äußern.

In der Folgezeit hatte man häufiger hohen Besuch. Das Projekt lud Mitglieder des Bundes- und Landtages ein, um mit ihnen über Situation und Zukunft der Jugendlichen in Neuruppin zu diskutieren. Hierbei stand nicht selten die Zukunft des Projekts im Mittelpunkt der Gespräche, denn die ist keineswegs gesichert. Wie viele Häuser in der ehemaligen DDR ist auch das Haus in der August-Bebel-Straße mit Alteigentümeransprüchen belastet. Eine geeignete Ausweichmöglichkeit, die die Projektarbeit auch langfristig sicherstellen könnte, ist bis dato nicht in Sicht. Die Vereinsmitglieder haben beschlossen, sich durch dieses Handicap nicht in ihrer Arbeit einschränken zu lassen. So planen sie für die Zukunft die Einrichtung einer Informationsbibliothek, einer Mitfahr- und Mitwohnzentrale.

Wer Lust hat im »JWP Mittendrin« mitzumachen, oder einfach nur mal reinschauen will, ist jederzeit herzlich dazu eingeladen.

Konzert im neuen Haus: Bei Quetschenpaua zwängten sich 180 Leute auf 90 m²

Hausbesetzungen...

Mal läuft es gut und mal läuft es schlecht...

Erklärung der Wagenburg Bambule

Am 01.12. haben wir gesagt: es reicht!
Wir sind die BewohnerInnen der Wagenburg BAMBULE aus Hamburg. Zuerstmal wollten wir uns bei allen UnterstützerInnen für die breite Solidarität zum und nach dem 1.12. bedanken.
Zur Erinnerung: In der Nacht vom 1. auf den 2.12. haben wir mit vielen UnterstützerInnen gegen die drohende Räumung mit Wut und Haß unseren Widerstand nochmal deutlich gemacht.
Wir stehen immer noch hier und es gibt einiges zu sagen:

Die vergangenen drei Monate waren verständlicherweise sehr kraftraubend und nervenzehrend.Nach den Ereignissen um den 1.12. brauchten wir etwas Zeit zum Ausspannen und zum Überlegen, wie es weitergehen kann.Da stecken wir jetzt mittendrin. Deswegen melden wir uns auch erst jetzt.
Da wir von vielen Leuten wissen, daß die Vorgeschichte wenig bekannt ist, wollen wir heute erstmal dazu was sagen, um ein authentischeres Bild zu ermöglichen, als es in den geifernden Medien verbreitet wurde.

Es gibt BAMBULE (7 Menschen in 8 Wagen) jetzt seit ungefähr einem Jahr. Seit unserem Bestehen versucht die Stadt Hamburg (Bezirksamt Mitte) in Zusammenarbeit mit der Sanierungsträgerin des Karoviertels (STEG), uns von dem Gelände zu vertreiben. Die rechtlichen Möglichkeiten, eine drohende Räumung zu verhindern, sind inzwischen so gut wie ausgeschöpft. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen waren und sind für uns aber sowieso nur Beiwerk: Uns ist klar, daß der Erhalt des Bauwagenplatzes entweder politisch erkämpft wird oder eben nicht.
Unser Kampf für den Erhalt des Platzes hat die ganze Zeit über zwei unterschiedliche Stoßrichtungen gehabt. Zum einen versuchen wir mit anderen Wagenplätzen zusammen, eine Abschaffung des „Bauwagengesetzes" zu erreichen. Dieses Gesetz, welches aus dem Jahre 1959 stammt, verbietet das Leben im Wagen grundsätzlich. Inhaltlich bezieht es sich auf Feuersicherheit und hygienische Verhältnisse. Das Gesetz lässt den Bezirken allerdings einen Ermessensspielraum - es kann, muß aber nicht gegen Bauwagenplätze eingeschritten werden. Insofern ist es ein reines Repressionsinstrument zur Kriminalisierung von BauwagenbewohnerInnen, was eine unterschiedliche Umgehensweise mit gewollten und nicht gewollten Plätzen ermöglicht.
Zum anderen haben wir uns auf den Stadtteil und die Menschen, die hier wohnen bezogen.
Das Karoviertel ist eines der letzten Wohnviertel in der Innenstadt. Bis vor einigen Jahren vom Modernisierungswahn(-sinn) verschont geblieben, bestand es vornehmlich aus Altbauten mit unterem Mietniveau und dem entsprechendem Wohnstandard (Ofenheizung, kalt Wasser, keine Duschen usw.). Hier leben vergleichsweise viele Menschen unterschiedlichster Nationalität und ältere Menschen, welche sicherlich zum ärmeren Teil der Gesellschaft zu zählen sind. Es gilt als „Szeneviertel" und wird als „sozialer Brennpunkt" konstruiert.
Die wiederentdeckte Messe- und Innenstadtnähe hat einen Umstrukturierungsprozeß mit vielen Bekannten Begleiterscheinungen in Gang gesetzt.
Nach und nach wurden/werden die städtischen Häuser saniert. Ohne daß sich dabei von Luxussanierung sprechen läßt, da im Prinzip nur eine völlig heruntergekommene Bausubstanz an ein „normales" Sozialwohnungsniveau angeglichen wird, stellt dies aber den Nährboden für eine weitere Entwicklung dar:
Zehn Jahre nach Beendigung der Sanierung fällt für jede Wohnung die soziale Mietpreisbindung. Danach können die Mieten dem Markt überlassen werden, wodurch viele Menschen, die heute hier wohnen, aus dem Viertel herausgedrängt werden. Dieser zu erwartende Prozeß soll jetzt oder spätestens dann private Investoren anlocken und anreizen, ebenfalls zu sanieren oder umzuwandeln. Insofern ist die Minimalsanierung der Sozialwohnungen heute die Initialzündung für die gewollte Luxussanierung später.
Ebenfalls wichtig in diesem Zusammenhang ist die Auslagerung des angrenzenden Schlachthofes zwecks Steigerung der allgemeinen Wohnattraktivität und um Raum für kapitalträchtiges Dienstleistungsgewerbe zu eröffnen. Bereits heute bestimmt hier eine Mixtur aus „Alternativ"-Second-Hand-Läden für den schicken Kult sowie diverser Yuppi-Modeboutiquen das Straßenbild. Auch die Kneipenszene wird immer schicker und teurer. Zur Krönung wird hier aktuell gerade ein neues Luxushotel gebaut...
Organisiert wird diese Entwicklung hauptsächlich von der STEG (Stadtentwicklungsgesellschaft). Sie ist von der Stadt eingesetzt worden, um eine Art Puffer zwischen Stadtplanung und betroffener Bevölkerung zu bilden. Gemäß der zu erwartenden Probleme bedient sie sich verschiedener Vorgehensweisen, um ihre Funktion reibungslos zu erfüllen:
- Als Grundlage wird immer wieder eine Art „Schicksalsgemeinschaft Karoviertel" beschworen. Über ein konstruiertes „Wir", vermeintlich jenseits aller sozialen und politischen Unterschiede, wird versucht, ihre eigentliche Verantwortung und Machtstellung zu verschleiern. Von diesem „Wir" bleibt dabei allerdings ein großer Teil der Bevölkerung in unterschiedlichen Abstufungen ausgeklammert:

BAMBULE BLEIBT!

WEG MIT DEM BAUWAGENGESETZ!

Nach rassistischen Kriterien werden die Nichtdeutschen Menschen des Viertels von öffentlichen Diskussionen ausgeschlossen (u.A. nur deutschsprachiges Mitteilungsblatt der STEG). Darüberhinaus werden die hier lebenden Roma direkt unter Druck gesetzt, in dem ihnen die für eine Selbstorganisierung notwendigen Räumlichkeiten immer wieder entzogen werden sollen. Kindern und Jugendlichen welche sich viel auf den Straßen aufhalten, wird gleich die Polizei auf den Hals gehetzt.
Durch die bevorzugte Vergabe von Wohnungen an DeutschpaßinhaberInnen,um den „AusländerInnenanteil" im Viertel auch aktiv zu senken, ist die STEG Handlangerin der rassistischen AusländerInnenpolitik.
-Die STEG gibt sich ein betont lockeres Image und prahlt ständig mit ihrem unkomplizierten Problemlösungsvermögen. Dies soll ein hohes Maß an Bevölkerungsnähe suggerieren. Dafür haben sie ein Büro direkt hier im Viertel mit mehreren SozialarbeiterInnenstellen eingerichtet, wo sich den Nöten und Sorgen der BewohnerInnen gewidmet wird. Dieses Büro hat im Wesentlichen keine Entscheidungsbefugnis, wenn es um grundsätzlichere Fragestellungen geht.
- Mit Widerstand, der sich gegen diesen Umstrukturierungsprozeß rührt, wird je nach konkreter Situation entweder integrativ oder repressiv umgegangen: Zum Einen wird versucht, Leute in ihre Arbeit miteinzubeziehen oder z.B: Wohnprojekte zu ermöglichen. Zum Anderen reagiert(e) die STEG immer wieder mit Polizeieinsätzen z.B. auf Wohnungs- oder Hausbesetzungen oder eben auf diesen Bauwagenplatz.
Maßstab dabei bleiben die von der STEG diktierten „Spielregeln" (O-Ton), an die sich alle Beteiligten der Schicksalsgemeinschaft zu halten haben. Dies bedeutet im Klartext, daß Formen der Selbstbestimmung/-organisation nur dann nicht verhindert werden, wenn sie sich kompromißbereit miteinplanen lassen, oder mit den Vorstellungen und Vorgaben der STEG sowieso übereinstimmen.

All das haben wir im vergangenen Jahr immer wieder versucht, zu thematisieren. Mit diversen Flugblättern und politischen Aktionen (auch mit anderen Gruppierungen zusammen) haben wir die STEG ständig angegriffen und kritisiert. Dabei war und ist die Auseinandersetzung um den Platz immer nur ein Teil gewesen. Es hat sich aber gezeigt, daß der Bauwagenplatz zur Zeit ein ziehmlich unbequemer Faktor geworden ist. Die Lücke zwischen stadtplanerischen Vorgaben und den Interessen einer inzwischen nicht geringen Anzahl von BewohnerInnen klafft hier extrem weit auseinander. Insofern hat für uns und andere der Kampf um den Bauwagenplatz eine exemplarische Funktion in den Kämpfen gegen Umstrukturierung überhaupt. Vielen Leuten sind gerade in letzter Zeit die Doppelmoral und tatsächlichen Interessen der STEG nochmal deutlicher geworden.
Dies hat dazu geführt, daß wir heute eine breite Solidarität und Verankerung im Viertel haben und im Prinzip niemand mehr die Haltung der STEG in diesem Konflikt akzeptieren kann.
STEG und Bezirksamt haben im vergangenen Jahr von Anfang an nur daraufhin gearbeitet, eine polizeiliche Lösung zu ermöglichen. Diverse Gesprächsangebote unsererseits wurden ausgeschlagen oder ignoriert. Stattdessen wurden wir mit Räumungsverfügungen überhäuft und sahen uns mit der Stimmungsmache und Hetze diverser PolitikerInnen aus SPD/CDU konfrontiert.
Mitte November fällte das Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz das erste rechtskräftige Räumungsurteil gegen einen Wagen von uns und es schien nur noch eine Frage von wenigen Tagen bis zu einer Räumung.
In dieser Situation hatten wir uns entschlossen, in die Ofensive zu gehen.Wir hatten keine Lust, tagelang auf das Räumungskommando zu warten. Für uns war klar, daß wir nicht gehen würden. Gleichzeitig war auch klar, daß wir eine Räumung konkret nicht hätten verhindern können. Nach Bekanntwerden des Urteils haben wir drei Tage später ein UnterstützerInnen-plenum organisiert, zu dem ca. 150 Menschen kamen. Dort ging es um Möglichkeiten, den Platz zu verteidigen. Die Entscheidung, gemeinsam den Platz zu befestigen und Barrikaden zu bauen, war für uns die einzige Möglichkeit, doch noch eine politische Lösung zu erzwingen. Es sollte klargemacht werden, daß eine Räumung nur zu einem hohen Preis durchgezogen werden kann.Wir sind davon ausgegangen, daß es entweder zu Beginn bzw. im Verlauf der Aktion zu Gesprächen mit EntscheidungsträgerInnen kommen würde oder der Platz während möglicher Auseinandersetzungen mit der Polizei geräumt bzw. plattgemacht werden würde.

Es wurden dann binnen einer halben Stunde an acht Stellen im Viertel Barrikaden errichtet. Nachdem die Besatzungen der ersten wenigen Streifenwagen sehr schnell begriffen hatten, daß Barrikaden nur dann einen Sinn machen, wenn sie auch verteidigt werden, begann die Polizei an zwei Stellen massiv aufzufahren. Im Verlauf von drei Stunden brachten sie dann insgesamt zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei, mehrere Einsatzzüge (mobile Knüppeltrupps), Mobiles Einsatzkommando, zivile Schergen der Ex-E-Schicht, Wasserwerfer und Räumungs-gerät vor Ort. Während dieser Zeit versuchten sie mehrmals an den Barrikaden durchzu-brechen, was ihnen aber nicht gelang. Abgesehen davon, daß sie jedesmal erfolgreich wieder weggeschickt wurden, wurden sie darüberhinaus immer wieder angegriffen und unter Druck gesetzt. Auf Vermittlungsversuche von AnwältInnen und GAL-PolitikerInnen sind die Schergen in dieser ganzen Zeit nicht eingegangen. Erst als der Innensenator Wrocklage vor Ort eingetroffen war, fand dann ein Gespräch statt. Kurz davor hatte das MEK nach über drei Stunden eine Barrikade gestürmt. Zu dem Zeitpunkt war aber sowieso schon ein Großteil der

WEG MIT DEM BAUWAGENGESETZ!

BAMBULE BLEIBT!

Leute aus Sicherheitserwägungen verschwunden und es gelang auch allen anderen, einer Festnahme zu entgehen. Wieder erwarten beschränkten sich die Schergen dann tatsächlich darauf, die Straße freizuräumen und räumten weder die Bauwagen vom Platz noch zerstörten sie diese.

Am Tag danach wurde uns ein Gesprächsangebot von Seiten einer Staatsrätin aus der STEB. (Stadtentwicklungsbehörde) gemacht. Drei Tage später fand dann im Beisein unseres Anwaltes ein Gespräch zwischen uns und der Staatsrätin Meyer-Reimers, die von Stadtentwicklungssenator Mirow zu Verhandlungen autorisiert war, statt. Dabei wurde es für sie allerdings schnell zum Problem, daß es für uns nichts Grundsätzliches etwas zu verhandeln gibt. Schließlich geht es uns nur darum, unsere Forderungen durchzusetzen: Bambule bleibt und Abschaffung des Bauwagengesetzes.

Am 3.12. fand dann eine Demonstration mit 200 Menschen von der Roten Flora zum Bauwaenplatz Bambule statt. Sie hatte den Zweck, zum Einen eine Gegenöffentlichkeit zur Medienhetzte herzustellen und zum Anderen, den Platz mit vielen Leuten wieder zu beleben. Im Anschluß an die Demo war eine Fete vorgesehen. Als Reaktion darauf zog die Polizei binnen einer Stunde erneut zwei Hunderschaften und schweres Räumgerät um das Viertel zusammen und versuchte dies abzuriegeln, um nachträglich vielleicht doch noch Festnahmen zu machen, die ihnen in der Nacht nicht gelungen waren. Wir lösten daraufhin die Feier auf, um eben diese Festnahmen zu verhindern, was auch gelang.

Gemessen an unseren Vorstellungen bewerten wir die ganze Aktion als politischen Erfolg! Es gibt jetzt doch nochmal Gespräche mit EntscheidungsträgerInnen, der Platz exis- tiert weiterhin und es gab im Übrigen keine einzige Festnahme und kaum Verletzungen.

Das entschlossene, militante Handeln, zu diesem selbstgewählten Zeitpunkt war offensichtlich das genau Richtige und einzige Mittel, um die Räumungsmaschine aus Bezirk, STEG, Justiz und Polizei aufzuhalten. Besonders die Entscheidung, selbst die Initiative zu ergreifen, statt auf die Räumung zu warten, hat für viel Überraschung und Unruhe gesorgt.

In diesem Zusammenhang nochmal ein großes Lob an alle. Entgegen einiger Befürchtungen artete es zu keinem Zeitpunkt in eine unkalkulierbare Straßenprügelei aus. Die Funktion der Barrikaden in der Auseinandersetzung als Druckmittel, um weitere Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, stand die ganze Zeit spürbar im Vordergrund. Aufgrund von guter Organisiertheit und konzentriertem Handeln konnte sich ein tolles Gefühl von Sicherheit und gemeinschaftlicher Kraft entwickeln.

Inzwischen ist klar, daß die Polizeiführung völlig überrascht wurde. Dies liegt auch an der Tatsache, daß es hier in Hamburg seit Langem erstmals bei einer Bauwagenräumung zu militantem Widerstand kam. Zum Anderen kann es an der Tatsache liegen, daß die Schergenführung im Moment wenig Einblick in die „Szene“ zu haben scheint.

Diese Unsicherheit, zusammen mit dem Willen, die Schlappe vom 1.12. auszubügeln, führt bis heute dazu, daß bei allen möglichen Aktionen und Anläßen massiv Schergen im Viertel auffahren. Zuletzt geschah dies wieder bei den Protesten gegen die Räumung des Hüttendorfes Anatopia, bei denen unter anderem eine Mercedes-Niederlassung entglast wurde und eine Scherbendemo durchgeführt wurde.

Inzwischen sind sechs Wochen vergangen. Bis jetzt ist es zu keinem weiteren Gespräch mit der STEB gekommen, es gibt allerdings eine Zusage für weiteren Kontakt mit der Garantie, solange nicht geräumt zu werden, wie es diese Gesprächsebene gibt.

Mitte Dezember gab es einen Versuch von UnterstützerInnen, die STEG nochmal dahingehend unter Druck zu setzen, nach einer praktischen Lösung für uns zu suchen. Dazu wurde das Stadtteilbüro besetzt und ein Gespräch mit dem Vorstandsmitglied Jorczek erzwungen. In bekannter Manier entzog sich dieser Mensch allerdings einer konstruktiven Auseinandersetzung. Damit unterstrich die STEG ein weiteres Mal ihren Wunsch nach einer polizeilichen Lösung.

Auch Bezirksamt und Bezirksversammelung haben inzwischen erneut bekundet, uns auf „rechtsstaatlicher Grundlage“ räumen zu wollen, das heißt nach Abschluß der Gerichtsverfahren aller Wagen. Dies gestaltet sich zur Zeit für sie allerdings etwas schwierig, da wir ein Verfahren wegen eines Formfehlers seitens des Bezirksamtes gewonnen haben.

Wenn sie sich an ihre eigenen Spielregeln halten, haben wir insofern wohl noch wieder bis zum Frühjahr Zeit gewonnen.

Wann auch immer sie uns räumen wollen - für uns ist klar, daß wir hier bleiben wollen.

Es geht uns darum, den Versuch eines kollektiven Lebens mit mehreren Menschen umzusetzen. Wir tun dies in Bauwagen, weil dies zum Einen eine der praktischen Möglichkeiten ist und zum Anderen, weil das Leben im Bauwagen eigene Qualitäten mit sich bringt (z.B. Selbstorganisation in Zeiten von akuter Wohnungsnot).

Dort wo wir stehen, setzten wir uns in Beziehung zu unserer näheren Umgebung. Wir fühlen uns hier wohl und sehen uns auch in einer bestimmten Funktion. Daher ist und bleibt das Karo-Viertel der Ort wo wir wohnen wollen.

Dafür werden wir weiter kämpfen!

die BewohnerInnen der Bauwagenburg Bambule

No Pasaran

WEG MIT DEM BAUWAGENGESETZ !!!

BAMBULE BLEIBT!!!

Volxsport-Kritik Hamburg

Liebe Leute,

in Eurer letzten Ausgabe habt ihr unter der Rubrik 'Volxsport' eine Erklärung und zwei Zeitungsausschnitte zu einer Aktion im Karoviertel abgedruckt. Es geht um den Anschlag auf das Café 'Mess' am 24.12.94. Die Erklärung ist unterzeichnet mit "autonome Gruppen", dazu und zu der Aktion ein paar (auch polemische) Worte.
Daß die Erklärung mit 'autonome Gruppen' unterzeichnet wurde, erweckt den Eindruck als stünden mehrere Gruppen aus dem Viertel hinter der Aktion. Es soll der Eindruck entstehen als würde diese Aktion von verschieden Gruppen aus dem Viertel getragen. Das ist falsch.
Bei der Bambule-Aktion beispielsweise war klar, daß keine Läden und Sachen von Leuten aus dem Viertel gesmasht werden sollten. Es sollte klar sein, daß es gegen die Bullen und nicht gegen die BewohnerInnen des Viertels geht. Wir wollen nicht das Viertel in dem wir leben verwüsten, da wir auch die Solidarität der Leute die hier leben brauchen. Ausserdem trifft es hier reichlich die falschen. Die meisten Läden in diesem Viertel dienen unmittelbar der Existenz ihrer BetreiberInnen. Dazu gehören auch ein gutes Dutzend Scene-Klamottenläden, die langsam anfangen die Ladenstruktur hier zu dominieren. Daran und auch an Edel-Cafés gibt es Kritik, die sicherlich berechtigt ist. Die Auseinandersetzung über das Für und Wieder solcher Läden sollte aber nicht als erstes mit der Baseballkeule geführt werden.
Bei dem Mess beispielsweise handelt es sich um ein Café, das hauptsächlich von Schwulen besucht wird. Es existiert schon, früher als Koslowski, seit Jahren im Viertel. Auch wenn die Leute dort anders aussehen und anders leben als wir, genügt das nicht um sie als Nazi-Yuppies zu bezeichnen.Damit werden zwei Begriffe falsch verwendet, so das ihre Ausdruckskraft verwischt wird.
Anfang '93 gab es eine Aktion 'Kauft nicht bei Faschisten aus derselben Quelle. Ziel der Aktion waren ua. ein Fahrradladen, ein Gemüseladen, ein Zeitungsladen und eine Galerie. Den Läden wurden die Schlösser zugeklebt und mit Wasserglas Plakate auf die Scheiben geklebt. Parole "Kauft nicht bei Faschisten". Die offensichtliche Analogie zu der Parole "Kauft nicht bei Juden" der Nazis hatte die Urheber nicht gestört. Die Betreiber der Läden hatten es sich zuschulden kommen lassen, daß sie Kids die desöfteren ihre Läden aufsuchten und dort versuchten abzuzocken rausgeschmissen hatten.
An diesen Rausschmissen hängt eine ganze Problematik, die sich nicht mit einfachen Schwarzweiß Schemata pseudo-linksradikaler Politik erklären läßt. Nötig ist eine differenzierte Auseindersetzung über die Umstände die dazu geführt haben, daß Leute die selbst nicht für rassistisch halten, dazu kommen eine Gruppe von Leuten aus ihren Läden auszuschließen.
Diese Auseinandersetzung zu versuchen ist eine Gratwanderung, bei der jede/r der/die sie versucht ständig kurz davor ist pauschal als Rassist abgekanzelt zu werden. Trotzdem ist es nötig, weil sonst die Wut über sexistische Anmache, Gewalt und Einbrüche die tatsächlich gelaufen sind weiterhin nur hinter vorgehaltener Hand artikuliert werden. Die Gräben wachsen durch nicht-Kommunikation, wenn eine Auseinandersetzung über Scheiße die gelaufen ist verhindert wird und die Leute sich in ihrem Klüngel gegenseitig ihre Meinungen bestätigen.
In diesem Fall stellt es keinen Lösungsansatz dar, die Leute generell als Faschisten und Rassisten zu bezeichnen. Dies führt nur zu einer Polarisierung zwischen den Betroffenen, die in die Nazi Ecke gedrängt werden und denen den einer genereller Kriminalitätvorwurf gemacht wird. Dadurch werden letzten Endes die Spannungen im Viertel verschärft und einem wachsenden Rassismus Vorschub geleistet, anstatt das dieser bekämpft wird. Genausowenig macht es Sinn, eine Gruppe als Yuppies zu identifizieren und ihnen die Verantwortung für die Umstrukturierung des Viertels anzulasten. Die tatsächlich relevanten Prozesse geraten dadurch völlig aus dem Blickfeld.
Notwendig ist ein Dialog zwischen den 'Gruppen' (nicht nur auf die Scene beschränk) in diesem Viertel um klarzukriegen was geht und was nicht. Die Bullen halten sich nach Möglichkeit raus, nach dem Motto "Was stört es uns wenn sich Linke und Dealer gegenseitig abstechen" Teile & Herrsche. Da bringt es wenig, wenn einige in revolutionärem Pathos organisierte Kriminalität und Dealerei als antistaatliches Handeln hochjubeln.
Die Urheber dieser Aktionen geben vor gegen Rassismus, Faschismus & Umstrukturierung zu kämpfen. Gleichzeitig benutzen sie aber von Faschisten entlehnte Parolen und terrorisieren diejenigen, die sie als Agenten der Umstrukturierung identifiziert zu haben glauben.
Letztenendes spielen sie damit nur das Spiel der anderen Seite, weil sie mit ihren Aktionen das Ghetto entsolidarisiern und polarisieren.

Autonome Gruppe Pecequila

Nicht Fisch, nicht Fleisch, sondern Quark.

-- zum "Instinkt"e - Text der Gruppe "Im Rausch der Tiefe" -

Zuallererst: Ihr formuliert eine in großen Teilen wichtige Kritik an der Zeitschrift "Instinkt" (sowie mit deren Inhalt sympathisierender Gruppen). Stellvertretend dafür nochmal zwei eurer Kritikpunkte aus Interim-Nr. 314, 315 :

Der **rechte Naturbegriff** zählt zu den wesentlichen Ideologieelementen in allen rechtsextremen und teilweise auch in konservativen Theorien. Er beruft sich biologistisch auf die Naturgegebenheit bestimmter politischer (bzw. sozialer) Konstanten, um diese Vorgaben als "organisch" oder "natürlich" zu bezeichnen und damit unveränderlich und unhinterfragbar zu machen[4]. In einer absoluten Negierung der menschlichen Willens- und Entscheidungsfreiheit konstruiert er die menschliche Natur und damit die Vorgaben für ein richtiges Leben als statisches, von Geburt an gegebenes Gemisch aus Trieben, Instinkten etc., welches festgeschrieben wird durch die Naturgesetze [5]

bzw.

Denn der Versuch, die vegane Lebensweise nicht nur moralisch zu rechtfertigen, sondern auch wissenschaftlich zu begründen, bei gleichzeitigem Bemühen die fleischfressende Realität der Menschheit, als Hauptwiderspruch, zu der eigentlichen Ursache für Kriege, Unterdrückung, Vergewaltigung zu erklären, macht aus dem Biologismus-Vorwurf eine schwer abweisbare Tatsache.

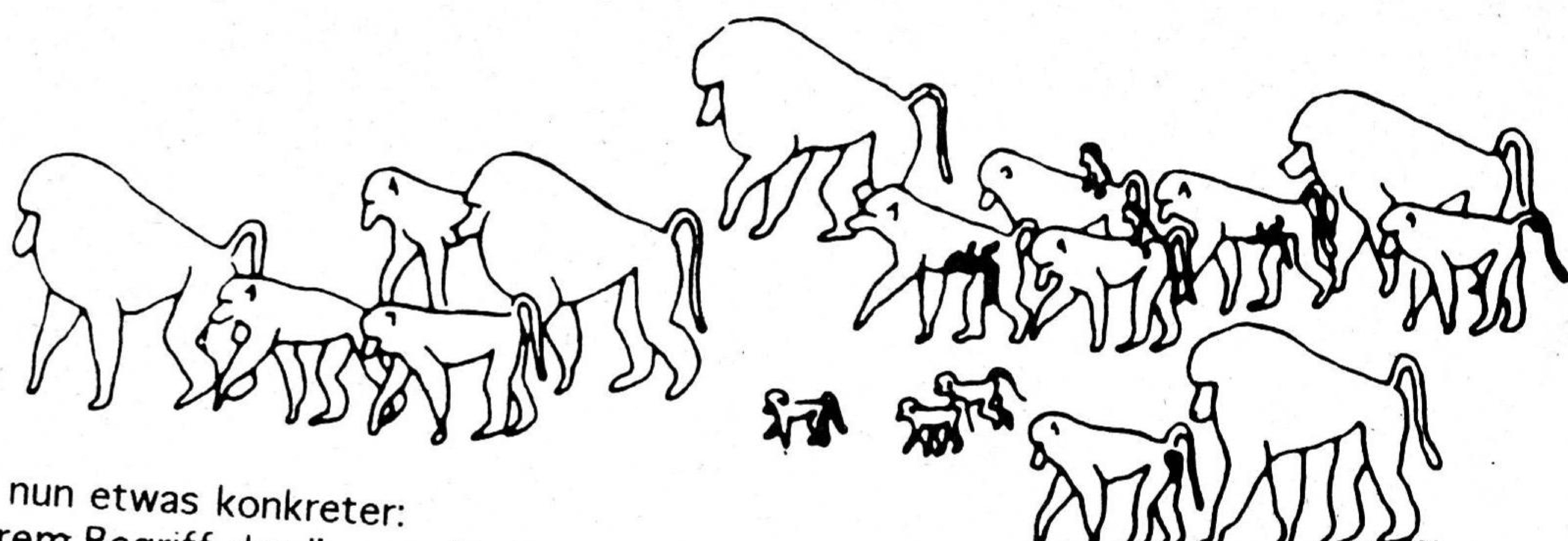
Der Kritikpunkt an einer solchen Vorgehensweise ist die Naturalisierung von sozialen Vorgängen. Hunger, Unterdrückung, Sozial-Revolten werden als Folgen des Fleischkonsums gesehen, ebenso wie Versteppung, Treibhauseffekt oder die Zunahme von Krankheiten, also biologisch begründet. Zu welchen Fehlern dies in der Praxis führen muß, wenn dadurch Sexismus und Rassismus als Nebenwidersprüche zum Hauptwiderspruch 'Fleischfressen' gesehen werden[21], deutet sich an ("Wenn wir von der Zahl der Betroffenen ausgehen, so ist die Befreiung der Tiere wichtiger als jede vorangegangene Befreiungsbewegung (...) Und wenn wir von dem Maße ausgehen, in welchem die Interessen der Betroffenen berührt werden, so ist die Überwindung des Speziesismus wiederum von außerordentlicher Wichtigkeit: Weder Frauen noch Schwarze noch irgendeine andere Gruppe von Menschen wurden und werden in dem Maße routinemäßig in so fundamentaler Weise ihres Wohlbefindens beraubt, wie dies bei den Milliarden Tieren der Fall ist, die jährlich systematisch gefoltert und buchstäblich am laufenden Band umgebracht werden." Instinkt Nr.2; S.4) Dies verdeckt die Sicht auf das Interesse der Herrschenden an diesen Unterdrückungsmitteln und es negiert völlig die politische Absicht und somit auch den repressiven, eben nicht nur für Tiere lebensverachtenden Charakter des herrschenden Prinzips.

Anzufügen wäre aus meiner Sicht hier villeicht noch die Frage, ob die "Instinkt" - AutorInnen unter "irgendeiner anderen Gruppe" zB Juden verstehen, sich das aber (noch) nicht zu sagen trauen.(Sorry, mir wird echt übell bei dem Gedanken!)

Damit sich nun linke Gruppen überhaupt auf diesem ganzen Terrain bewegen können, fordert ihr (Im Rausch der Tiefe) nun einen genauen Umgang mit Begriffen und die Entwicklung inhaltlicher Kategorien (auch in Hinblick auf den Autonomie - Kongreß). Die Zeitschrift "Instinkt" jedenfalls wird zu einem solchen Klärungsprozess nichts beisteuern, denn sie bewegt sich (zumindest in den dokumentierten Auszügen) ausschließlich auf der Ebene populärwissenschaftlicher Versatzstücke, die einen dermaßen bodenlosen Unsinn darstellen (zB. Fleischfresser = aggressiv, Pflanzenfresser = friedlich), daß selbst (oder gerade) halbwegs ernstzunehmende BiologInnen vor Lachen aus den Latschen kippen würden. Mit solcherart profunder Theoriebildung ist nun wirklich aber auch alles belegbar, was das eigene Wunschdenken sich so zum Ziele setzt. Mir scheint gerade die Kombination aus einfachen Slogans und der Heilserwartung der Rückkehr in den Schoß von "Mutter Natur" in einer politisch schwieriger gewordenen Zeit zu ziehen. Hinzukommt, daß in dieser Szene extrem moralisch mit dem Muster der "Unschuld" gearbeitetwird, die (nachdem wir ja alle eifrig gelernt haben, daß die Revolution immer ihre eigenen Kinder frißt) inzwischen nur noch im Tierreich (und auch da noch am Besten bei den kleinen knuddeligen Tierbabys) angesiedelt wird. Insofern hängt die Anziehungskraft dieser Szene also durchaus mit dem Rückzug aus dem "herkömmlich Politischen" zusammen.



Fragt sich also, was ihr als Kritiker an inhaltlichen Kategorien entwickelt.Der von euch benutzte Naturbegriff zeugt meiner Meinung nach nämlich von einer ähnlichen Unkenntnis, so daß ich daran eine im Endeffekt hoffentlich konstruktive, wenn auch in der Form scharfe, Kritik formulieren möchte.Denn euer Naturbegriff ist nicht anders erklärbar als durch bloße Abgrenzung von der rechten Ideologie. Ihr nehmt lediglich die andere Extremposition ein, und da erstere falsch ist (was sie in der Tat ist!), seit ihr dann inhaltlich im Recht. Das mag taktisch in einer Diskussion von Vorteil sein, der eigenen Auseinandersetzung mit dem Thema "Natur" nutzt sowas nicht.
Da, wo RECHTS = "Die ganze Struktur menschlichen Verhaltens ist ausschließlich naturbestimmt.", setzt ihr "Das Ganze ist ausschließlich sozialisationsbedingt/Ergebnis des freien Willens." Und nicht etwa, weil ihr das in dieser Verabsolutierung belegen könntet, sondern weils euch so in den Kram paßt. Es ist das alte Dilemma der (revolutionären) Linken, zu glauben, der Mensch müsse (um im revolutionären Sinne funktionsfähig zu sein) als leere Hülle auf die Welt kommen, in die dann die revolutionäre Bewegung nur die richtigen p.c. - Bedürfnisse/Verhaltensweisen hineinkippen müsse, streng nach dem Motto: "Erst basteln wir une eine theoretische, abstrakte Gesellschaft und dann NACH DIESER VORGABE den passenden Menschen dazu." Solcherart strukturiert muß allerdings schon die kleinste natürliche Konstante zum Horror werden, weil ein Weltbild zerbricht. Stürzen sich dann noch rechte IdeologInnen auf "natürliche Verhaltensstrukturen", dann ist bei euch der Ofen aus und ihr fühlt euch bemüßigt, zwanghaft die extrem andere (und damit in diesem Fall ähnlich absurde) Gegenposition einzunehmen, ohne euch auch nur im Ansatz mit dem Spannungsfeld natürliche/sozialisierte Verhaltensweisen auseinanderzusetzen. Aus Angst davor, der Rechten Munition zu liefern, strickt ihr damit weiter an einem blinden Fleck der Linken (der übrigens im privaten Kreis wesentlich kleiner ausfällt als in der linken Öffentlichkeit!). Diese Form der Nichtauseinandersetzung in der Öffentlichkeit, sobald es etwas heikler wird (schöne Parallele dazu im Umgang mit DDR oder Stalinismus) führt uns eben nicht ins egalitäre Paradies sondern aufs Thema bezogen in die politische Katastrophe.



Aber nun etwas konkreter:
In eurem Begriff der "menschlichen Natur" gibt es keinerlei STATISCHE Bedürfnisstruktur. Im Ernst, - sind für euch Hunger, Durst, Bedürfnis nach sozialem Kontakt, nach Körperkontakt und Sexualität rein beliebige Sozialisationseffekte, zufällige Variablen der Kultur?Die Gesellschaft beeinflußt doch gerade deren spezielle Ausprägung und nicht die grundsätzliche Disposition.Um das Fehlen JEGLICHER Festlegung zu untermauern, wendet ihr euch daher dann dem Begriff der Natur generell zu, um diese (=Basis) als per se nicht statisch zu bestimmen (übrigens ein ziemliches Neuland, was ihr da betretet, denn der Begriff von Natur leitet sich gerade aus ihrer Statik ab, im Gegensatz zu Kultur-, und Zivilisationsprozessen.)

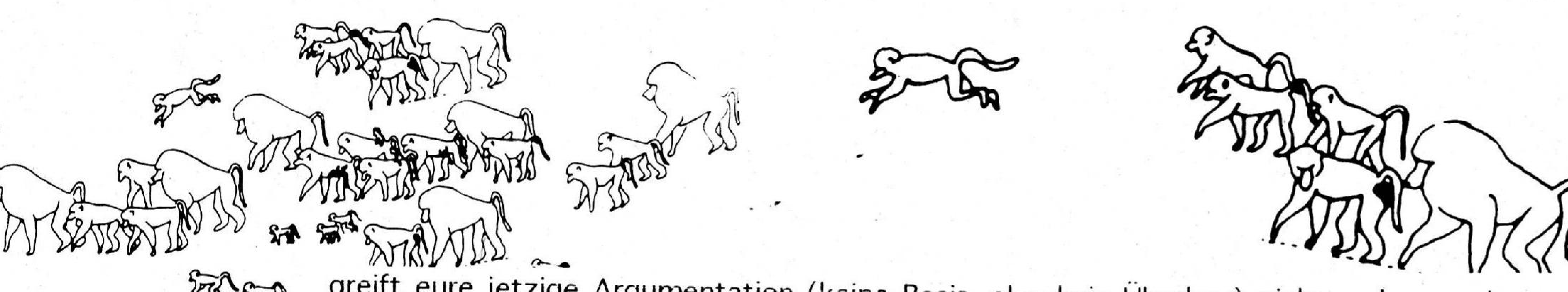
Einziges Motiv dieses Unterfangens (der Wunsch als Vater des Gedankens) ist der Glaube daran, mensch könne nur mit einer solchen Konstruktion des generellen Naturbegriffs dann auch logisch das rechte Weltbild angreifen.Ihr möchtet euch einfach nicht mit den oben angerissenen Schwierigkeiten auseinandersetzen.Das aber führt dann aber auch zu einigen Stilblüten in eurer Argumentation, die beim zweiten Durchlesen eben nicht mehr wohlwollend als nur "etwas merkwürdig" rüberkommen(Vielleicht hier an der Stelle die Bitte, meine stellenweise arrogante Schreibweise nicht so verbissen zu sehen).
Jedenfalls negiert ihr zB. an 2 Stellen komplett die Evolutionstheorie Darwins (die erstmal beschreibend ist und mit Sozialdarwinismus so noch nichts am Hut hat), weil schon auf dieser Ebene mal wieder nicht sein darf, was (später) nicht sein soll.So kritisiert ihr erst die Aussage

So ist ein wesentlicher Punkt ihrer Naturideologie *die Vorstellung von der Natur als einem statischen Gebilde*. In diesem Gebilde nimmt jedes Teil seinen/ihren festgeschriebenen Platz ein, welcher von Naturgesetzen vorbestimmt ist:

um dann Peter Kratz mit folgendem Zitat der Unterstützung der rechten Ideologie zu bezichtigen:

Durch Behauptungen wie: "In der Natur herrschen nicht die Werte der Französischen Revolution, sondern Gebundenheit an die vorgefundenen Verhältnisse, Ungleichheit der Individuen und das Recht des Stärkeren im Kampf ums Dasein." (Peter Kratz; s.o.; S.12)

Im Ernst, ich gehe davon aus, daß auch dieses Jahr die Zugvögel wieder im Herbst (und nicht im Frühjahr) nach Süden (und nicht nach Grönland) ziehen werden, und das, ohne sich vorher allzuviele Gedanken über die Werte der französischen Revolution gemacht zu haben.
Ihr theoretisiert jedoch streng nach dem Motto:
"ohne Evolutionstheorie kein Sozialdarwinismus", was so falsch wie richtig ist, aber eben den reaktionären Schritt, der aus der darwinistischen Theorie erst den SOZIALdarwinismus schafft, hinten runterfallen läßt. Wenn ihr glaubt, den reaktionären Überbau (rechte Ideologie) dadurch bekämpfen zu können, daß ihr die Basis NEGIERT, so wird euch das gewaltig auf die Füße fallen. Bei einer derart gestrickten Argumentation werdet ihr (und das zu Recht) haufenweise mit belegbaren Tatsachen (kein Druckfehler) konfrontiert werden(zB der relativ festen Geschlechterrollen bei Menschenaffen), denen ihr nur mit weiterhin hilflos vorgetragenen zwanghaften Negationen begegnen könnt, damit aber auch nicht mehr als Kopfschütteln ernten werdet.Denn da, wo sich Fakten an der Basis verdichten,



greift eure jetzige Argumentation (keine Basis, also kein Überbau) nicht mehr, sondern kehrt sich gegen euer eigentliches Anliegen.Es macht eben keinen Sinn, die Rollenverhalten im Sozialverhalten von Menschenaffen völlig anzuzweifeln, sondern es gilt, das Interesse derer herauszuarbeiten, die daraus ihr reaktionäres Süppchen für die Menschliche Gesellschaft kochen wollen (in letzterem stimmen wir überein). Da liegt der reaktionäre Kern: Es ist das Interesse der Herrschenden, in einem bewußten Akt Herrschaft und Hierarchie über PARALLELEN in der NATUR auf die menschliche Gesellschaft zu ÜBERTRAGEN. Erst das macht aus der Evolutionstheorie den Sozialdarwinismus. Die WERTENDE Übernahme BESTIMMTER in der Natur vorhandener Verhaltensmuster (andere zB kooperative oder extrem soziale werden dabei natürlich geflissentlich unter den Tisch fallen gelassen) als Maxime menschlicher Gesellschaft ist ein WILLKÜRLICHER Akt der Herrschaftslegitimation, der POLITISCH bekämpft werden muß und nicht durch das unsinnige Negieren jeglicher natürlicher Grundlagen. Ansonsten müßte JEDE Erkenntnis von Biologie/Verhaltensforschung PER SE falsch und reaktionär sein (wie das bei euch allerdings unterstellt wird und womit ihr euch im übrigen auch eure eigene Verschwörungstheorie bastelt).Die Werbeindustrie arbeitet dagegen zB. mit immensem Erfolg mit dem Kindchenschema (Gesichtsformen Neugeborener/Tierbabys als Schlüsselreiz, der zur Reaktion führt, selbige als "niedlich" zu empfinden), und zwar nicht deshalb, weil das kompletter Unsinn, reaktionäre Erfindung der Verhaltensforschung wäre.
Um dem Ziel einer egalitären menschlichen Gesellschaft (und nur darum kann es selbverständlich hier gehen) näher zu kommen, macht es daher wenig Sinn,den Gesamtkomplex Biologie/Verhaltensforschung/Psychologie per se zum Tabu zu erklären, sondern ihn kritisch und entlang der (manchmal unangenehmen) Widersprüche im Hinblick auf eine befreite Gesellschaft zu diskutieren.

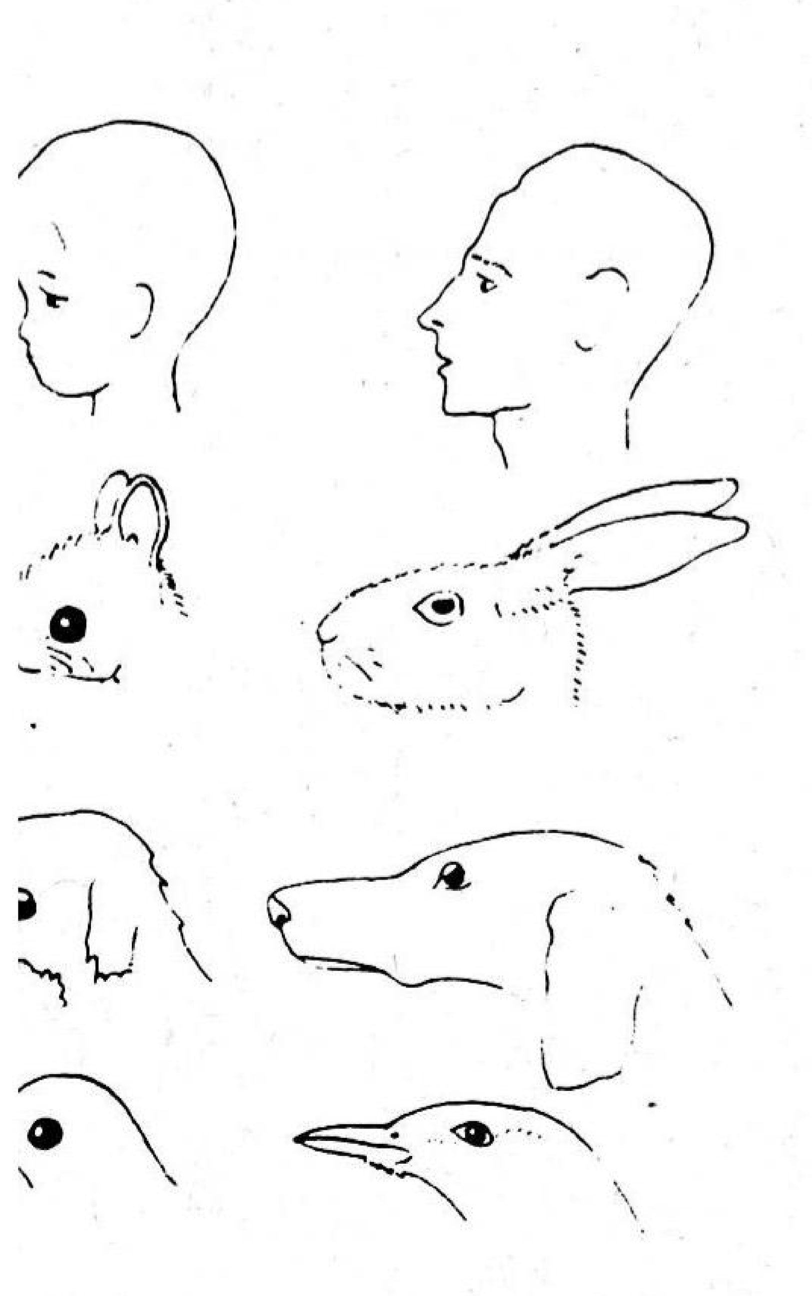


Bild 300: Kindchenschema

KÄPTN QUARK

Lebensschützer mit Tarnkappen

Sylvester 94/95 sind viele Scheiben bei kleinen, unbedeutenden Geschäften eingeworfen worden – besonders absurd und nicht zu rechtfertigen sind die diversen „Angriffe" auf Fleischereien. Für diese „Angriffe" ist ein Teil der veganen Bewegung verantwortlich. Gruppen wie u.a. Frontline sind es, die unseren Zorn auf sich ziehen. Ihre Politik macht kaputt, was Linke in vielen Jahren mühevoll versucht haben aufzubauen, und behindert einen Aufbauprozess der linken revolutionären Bewegung.

Wir wissen, daß das System der Unterdrückung und Ausbeutung derart komplex ist, daß in der Regel eine klare Grenze zwischen AusbeuterInnen und Unterdrückten nicht, oder nur sehr schwer, zu ziehen ist. Aber die Grenze ist politischer Alltag einer linken Bewegung. Dazu gehört die unbedingte Unterscheidung zwischen kleinen Geschäften – Fleischereien in diesem Falle, und den kapitalistischen Realiäten der großen Konzerne, die Bedingungen, Rythmen und Takt der Ausbeutung und Unterdrückung bestimmen. Dagegen ist richtig, die an den kapitalistischen Interessen orientierte Grundlage der Ernährung, ihre Produktion und ihre Konsumtion in Frage zu stellen. Wir wissen auch, daß nicht jede klirrende Scheibe immer eine klar definierte politische Zielsetzung hat, da es oftmals ein Auf- und Ausbrechen aus den gesellschaftlichen Realitäten ist, in denen mehr abläuft als die klare zielgerichtete Orientierung auf die Entwicklung des Widerstandes. Doch da wollen wir hin.

Die Verantwortlichen von Frontline und Co. vertreten eine Ideologie, die im Kern reaktionär, profaschistisch und pro-rassistisch ist. Wir ärgern uns im Nachhinein, diesem Treiben keinen Einhalt geboten zu haben; wir werden mit ihnen nicht mehr zusammenarbeiten können. Der Tragweite dieser Äußerung sind wir uns sehr bewußt!

Die ideologischen Grundlagen der „Angriffe" auf die Fleischereien liefert zum Beispiel der Euthanasie-Befürworter Peter Singer, der in seiner „Praktischen Ethik" die Relativierung des menschlichen Lebens propagiert und ein „Recht auf Tötung" für „leidende Menschen" fordert. Die als „schwerstbehindert" geltenden Menschen sind für Singer der verhaltensbiologisch-neodarwinistisch untermauerte „Beweis", daß die Grenze zu den Tieren hin aufgelöst werden muß; ein einzelner Schimpanse könne nämlich weit mehr, als ein „schwerbehindertes" Kind. Oberstes Interesse von Mensch und Tier sei die Vermeidung von Schmerzen, so daß mit derselben „Ethik" die „Befreiung der Tiere" (NY 1975) und die „Erlösung vom Leiden" für „Schwerstbehinderte" gefordert werden kann. Von diesem „Ethiker", der als der Vater der Tierrechtsbewegung gehandelt wird, hat sich bis heute keineR dieser AktivistInnen distanziert. Aber eine Ideologie, die die Menschen selektiert in Lebenswerte und nicht Lebenswerte, muß und wird von uns bekämpft werden.

Auch viele Äußerungen in den Theorieblättchen dieser AktivistInnen weisen eine enthüllende Ähnlichkeit mit ökofaschistischen Aussprüchen auf. So sei die Menschheit zu einer Plage für die Erde geworden und müsse in ihre Schranken verwiesen werden, da sie das natürliche Gleichgewicht des Ökosystems in Gefahr bringe. Auch H. Gruhl (ideologischer Vater der ÖDP) verlangt vom Menschen eine vollständige Unterordnung unter „die ehernen Gesetze" der Natur. Das Überleben der menschlichen Art ist sein Anliegen, nicht das aller Menschen. Wie der Weg zurück, zu einer „natürlichen Lebensweise", wie ihn diese AktivistInnen fordern, konkret aussehen soll, zeigt ein Satz Gruhls: *„Die einzige Währung aber, die hier gilt und in der Verstöße gegen die Naturgesetze beglichen werden können, ist der Tod. Der Tod bringt den Ausgleich, er schneidet alles Leben wieder zurück, damit der Planet wieder ins Gleichgewicht kommt."*

Eine Ideologie, die ihre Ethik aus einem biologistischen und neo-darwinistischen Verständnis der Naturgesetze ableitet und darin den vermeintlichen Schutz der Erde als Priorität ausgibt, kann nur menschenverachtend sein. Nicht der Schutz der Erde und der Lebewesen, die sich auf ihr befinden, ist ihr wirkliches Anliegen, sondern ihre Verdrehung in das Gegenteil.

Die fundamentalistisch, religiös auftretende Ideologie, die in der Wiederherstellung der natürlichen Lebensverhältnisse, was immer das sein mag, einen Dienst an der heiligen Schöpfung sieht, hat auch für Frauen eine antiemanzipatorische Konsequenz. Oder wie ließe sich die Aussage, geäußert zur Frage der Abtreibung, daß der Schutz des Lebens notfalls auch erzwungen werden müsse, sonst verstehen?

Diese „Gesellschaftsanalyse" kann nicht im Rahmen eines linken Verständnisses akzeptiert werden. In Praxis und in der Theorie sind sie kein Teil einer sich als links verstehenden politischen Bewegung. Denn als Ursache allen Übels die Entfremdung von der Natur zu nennen, zu der „uns" die Zivilisation gebracht hätte, muß schon ein gehöriges Maß an Unverständnis über die wirklichen Bedingungen in sich tragen. Folge ist dann, daß alle FleischesserInnen nun zur AusbeuterInnenklasse gehören und bekämpft werden müssen.

Die Grenzen zwischen reaktionär und fortschrittlich, zwischen einer rassistischen und antirassistischen Sicht- und Arbeitsweise werden durch diese veganen Strömungen zunehmend aufgehoben. Die bewußte Strategie des Verschweigens der Klassengenensätze macht einen Zusammenhang von staatstragenden gesellschaftlichen Kräften und diesen Ideologien deutlich. Natürlich ist es eine Frage, ob wir uns fleischlos und Tierproduktfrei ernähren oder nicht, aber es ist eine andere, wie wir eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung erreichen. So ist z.B. die Ernährungsfrage eine weltweite Frage. Sie verläuft zwischen Arm und Reich, zwischen Norden und Süden. Diese Frage ist keine des Naturrechts, sondern primär aus den imperialistischen Verhältnissen zu erklären, die Unterdrückung und Hunger geschaffen haben. Kein Fleisch zu essen und sich tierproduktfrei zu ernähren, hat vor diesem Hintergrund seine grundsätzliche Berechtigung. Das zweifeln wir nicht an.

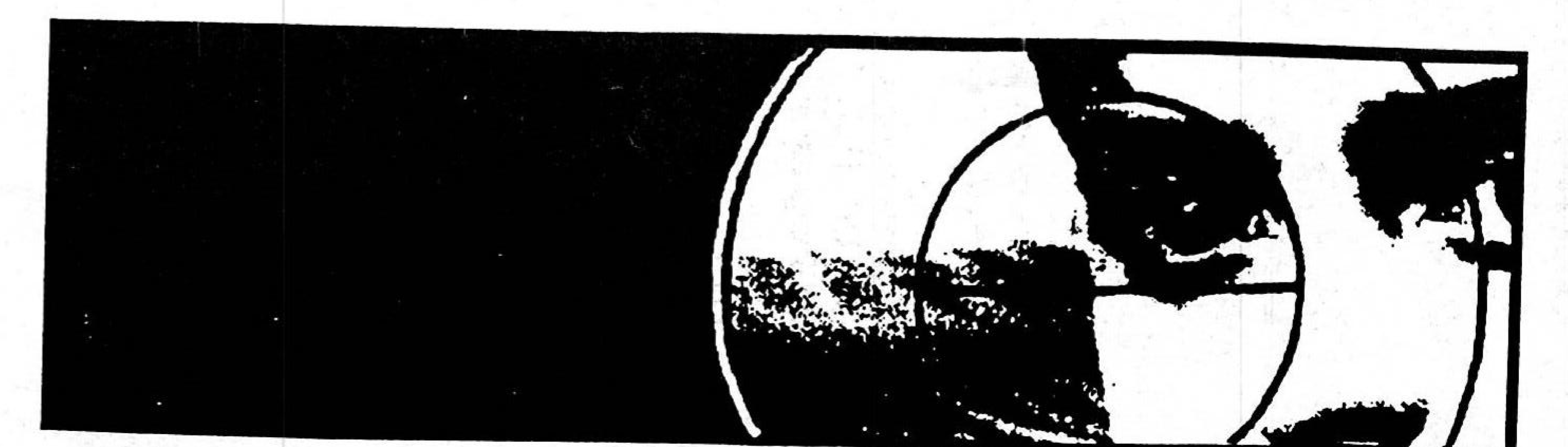
Wir wissen, daß die hier dargestellte Ideologie nur eine Ausdrucksweise der Idee vom tierproduktfreien Leben ist, verlangen aber von allen anderen Stömungen, daß sie sich von den Ideen eines Peter Singer distanzieren, daß sie selbstkritisch glaubhaft machen, daß sie ein Teil der linken Bewegung sind. Wir meinen diejenigen, die in den Fleischereien das Böse der Menschheit ausgemacht haben. Für sie ist dieses Flugblatt eine Aufforderung, sich zum Thema zu äußern. Wir wissen selbst genau, wie weich und konturlos oftmals die linke Bewegung ist, wie zusammenhängend das Geflecht von persönlichen Freunschaften, Gegensätzen, Brüchen und politischen Auseinandersetzungen ist, wie sich Lebensweise und politische Orientierung miteinander streiten oder aber verbunden haben. Dies jedenfalls, die Unterdrückung und Ausbeutung, ist nicht unsere Zivilisation; es sind nicht unsere Zielsetzungen. Es sind zuallererst die Bedingungen der Herrschenden und ihr Begriff der Zivilisation. Dagegen zu kämpfen ist unabdingbar die Voraussetzung zur Schaffung und Entwicklung der Gesellschaft in der alle leben können.

Wir forden, daß sich endlich zu diesen Fragen geäußert wird!

Bremen, der 20.01.95



und Kurdistan Solidarität Bremen
Postadressen: Antifaschistisches Komitee · St. Paulistraße 10-12 · 28203 Bremen
Kurdistan Solidarität · JI Sielwallhaus · Sielwall 38 · 28203 Bremen



Einige Kommunisten:

ÖZGÜR ÜLKE UND DER ANTISEMITISMUS

Ein Artikel und einige Reaktionen darauf

Am 01.12.1994 wurde unser Artikel "**ÖZGÜR ÜLKE UND DER ANTISEMITISMUS**" in der Interim abgedruckt. Im folgenden gab es einige Reaktionen, auf die wir hier kurz eingehen möchten.

1.) Radio Dreyeckland / ÖZGÜR ÜLKE

Radio Dreyeckland brachte am 29.12.1994 eine Sendung zum gleichen Thema, in der die übersetzten Zitate aus unserem Artikel verwendet und kommentiert wurden.

Interessant dabei ist vor allem, daß Radio Dreyeckland sich um ein Interview mit der Europavertretung von ÖZGÜR ÜLKE bemühte, dieses zwar nicht erhielt, dafür aber dem Telefonpartner allerdings ein paar Stellungnahmen entlockte, die es wirklich in sich haben:

(Zitate aus Interim-Ordner jeweils *kursiv* gesetzt)

Sprecher von Radio Dreyeckland: *"Ich sagte, ich wäre von Radio Dreyeckland und würde gerne ein Interview machen. Ich wurde natürlich gefragt, über was. Ich kam auf die Artikel vom 28. und 29.8. zu sprechen."*

Telefonpartner bei ÖZGÜR ÜLKE : *"Ein Interview dazu. Nein!"*

Sprecher von Radio Dreyeckland: *"Und dann kam ich aber erstmal nicht mehr zu Wort: die Frage, warum denn kein Interview, konnte nicht einmal gestellt werden und bleibt somit unbeantwortet".*

Telefonpartner bei ÖZGÜR ÜLKE: *"ÖZGÜR ÜLKE steht für das Selbstbestimmungsrecht der Völker des Nahen Ostens und somit auch für das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Allerdings verurteilt ÖZGÜR ÜLKE die zionistische Politik des Staates Israel"*

Sprecher von Radio Dreyeckland: *"Er meinte auf den Vorhalt, daß es sich um offensichtlichen Antisemitismus handele und die Frage, daß ich nicht verstehe, wie so ein Text abgedruckt werden konnte, folgendes:"*

Telefonpartner bei ÖZGÜR ÜLKE: *"ÖZGÜR ÜLKE ist eine Plattform, auf der die Leute ihre Meinung äußern könnten und für den Artikel sei eben A. Inanc verantwortlich".*

Sprecher von Radio Dreyeckland: *"Ich hielt ihm vor, daß es doch so etwas wie eine redaktionelle Verantwortlichkeit dafür gäbe, daß so etwas wie Antisemitismus nicht abgedruckt werden kann. Und warum sie nicht wenigstens einen Kommentar oder ähnliches dazu abgegeben haben.*

Er meinte, daß dieser Artikel nicht antisemitisch sei, sondern antizionistisch, und es sei doch gut, darüber zu diskutieren.

Ich hakte ein, warum er dann nicht mit mir in einem Interview darüber diskutieren will.
Er meinte, der Text wäre nicht antisemitisch und deshalb müßte er dazu auch keine Stellungnahme abgeben und jemand könne ja was schreiben. Sie im übrigen hätten auch schon zur Vertreibung der Juden aus Spanien und anderen Themen berichtet.
Ich fragte noch einmal, ob das sein Ernst sei, daß der Artikel nicht antisemitisch sei und hielt ihm die Passagen zu Atatürk vor.

Er sagte, ich hätte den Artikel falsch verstanden und würde den Antizionismus falsch interpretieren. Er meinte, die Deutschen seien hier besonders empfindlich, was auch das Recht der Deutschen sei, aber sie als Kurden hätten eben keine Juden umgebracht, weshalb es bei ihnen eben anders ist. Noch einmal sagte er, daß die Deutschen damit aufhören sollen, alles aus ihrer Sicht zu beurteilen.

Ich fragte noch einmal, ob ÖZGÜR ÜLKE nicht erwägt, wie vom Basis-Verlag in Saarbrücken an sie gerichtet, dazu öffentlich Stellung zu nehmen, was er noch einmal verneinte. Er verwies mich darauf, das wiederzugeben was er mir dazu gesagt hat."

Antizionismus - Antisemitismus

Tatsächlich kritisiert A. Inancs Artikel nicht den Zionismus. Der Zionismus ist die nationalistische Ideologie des israelischen Staates, die in vielen Punkten genauso rassistisch ist, wie andere Nationalismen. Wie andere Nationalismen auch, hält der Zionismus seine Nation für etwas Besonderes, für "auserwählt"; und wie andere Nationalismen auch, versucht er seiner Nation bei entsprechendem Bedarf "mehr Lebensraum" zu schaffen. Dabei hat der Zionismus etliche Besonderheiten, die eng mit der Geschichte des Judentums zusammenhängen - einschl. der Geschichte der Judenvernichtung durch den Hitlerfaschismus.

Von alledem ist im Artikel A. Inancs allerdings nichts zu finden. Hier wird nicht der Zionismus kritisiert, sondern eine **erfundene Naturbesonderheit**, die angebliche Existenz einer jüdischen Rasse, wird für die Erklärung bestimmter politischer Zustände benutzt. Atatürk habe eine Blutsverwandtschaft mit dem Judentum - so wortwörtlich A. Inanc.

Offensichtlich wurde von uns nicht Antisemitismus mit Antizionismus verwechselt - es ist genau umgekehrt:

Der Telefonpartner des Redakteurs von Radio Dreyeckland kann gar nicht verstehen, warum sich hier "*die Deutschen*" so aufregen. Offensichtlich hat auch bei ihm der Zionismus seine Grundlage im "Blut".

Daß ÖZGÜR ÜLKE keine Stellungnahme zum Artikel abgeben will, kann nur bedeuten, daß die Zeitung damit einverstanden ist.

2.) Diverse Einzelstellungnahmen von kurdischen Nationalisten und ihren Freunden

Bis auf wenige Ausnahmen konnten in vielen Diskussionen auch kurdische Nationalisten den Inhalt unseres Artikels nicht verstehen. Ihre Reaktion war ähnlich der des oben zitierten ÖZGÜR-ÜLKE - Mitarbeiters.

Des öfteren kam auch der Einwand, daß man ÖZGÜR - ÜLKE nicht kritisieren dürfe, da sie in der Türkei großen Repressionen ausgesetzt sei; außerdem sei fast zeitgleich mit dem Erscheinen des Artikels der Bombenanschlag auf das Verlagshaus der Zeitung erfolgt.

Mit solchen Totschlägerargumenten kann man jede Diskussion sofort beenden. Leuten, die solche Argumente anführen, geht es nicht darum, über bestimmte Punkte Klarheit zu bekommen. Sie wollen lediglich eine erklärte Parteilichkeit und machen jeden zum Anhänger der Gegenseite, der nicht für sie ist.

Bloß: Mit dem gleichen Argument kann man noch den finstersten Gestalten positive Seiten abgewinnen: die Khomeiny - Bewegung wurde von vielen Linken unterstützt, weil sie ja gegen den Schah und den US - Imperialismus war. Hätte man sich die Inhalte der "islamischen Revolution" rechtzeitig und diese kritisiert, hätte sicher manches Blut nicht fließen müssen.

3.) Junge Welt

In der "Jungen Welt" vom 12.12.1994 erschienen Auszüge aus unserem Artikel, die leider mit der Überschrift ***"Mit Anti - Zionismus für die PKK?"*** übertitelt waren. Wir hätten es auch hier lieber gesehen, wenn die JUNGE-WELT-Redakteure sich den Inhalt unseres Artikels angesehen hätten. Gegen Zionismus haben wir nämlich auch etwas, allerdings eine grundsätzlich andere Kritik als die kurdischen Nationalisten.

Eine **Befragung eines ÖZGÜR-ÜLKE-Mitarbeiters durch die JUNGE WELT** (abgedruckt am 26.01.1995) ergab im Prinzip das gleiche, wie das Interview durch Radio Dreyeckland.

Bemerkenswert vielleicht noch folgende Passage:

Mitarbeiter von ÖZGÜR-ÜLKE: ***"Die Völker im Nahen Osten, in Anatolien haben andere historische und politische Beziehungen. Die Probleme unter den Völkergruppen werden anders ausgetragen als in Deutschland. Ich habe noch nie gehört, daß ein Jude, nur weil er Jude war, in der Türkei oder Kurdistan umgebracht worden ist."***

Dazu drei Bemerkungen:

1.) Scheint der ÖZGÜR-ÜLKE - Mitarbeiter der Propaganda seiner eigenen Zeitung nicht zu glauben, die an anderer Stelle schreibt, das kurdische Volk würde heute "*Schmerzlicheres als das jüdische Volk in der Vergangenheit (erleben), weil es so lang einem systematischen und geplanten Völkermord ausgesetzt*" sei (zit. nach JUNGE WELT vom 26.01.1995).

Wenn es auch schlicht dumm und anmaßend ist, die Vernichtung der Juden gegenüber dem Staatsterror der türkischen Regierung gegen die Kurden nicht nur gleich- sondern sogar noch **herabzusetzen**, fällt uns doch noch gleich ein anderes Beispiel ein, das die historischen Beziehungen der Völker des Nahen Ostens betrifft:

Während des ersten Weltkrieges wurde unter anderem auf einem Teil des Gebietes, das heute von der PKK als Territorium beansprucht wird, ein **Völkermord gegen die Armenier** durchgeführt, dessen Durchführung später den deutschen Faschisten als Vorbild für die Judenvernichtung diente.

Dieses geschah unter Teilnahme auch der kurdischen Bevölkerung, die, ebenso wie die türkische, anschließend die Eigentümer der Armenier plünderte und übernahm.

Vorausgegangen waren dem Ausrottungsfeldzug eine religiöse (Armenier sind zum größten Teil Christen) und rassistische Hetze, die ebenfalls mit der der Nazis gegen die Juden zu vergleichen ist.

2.) Daß die Völker des Nahen Ostens anders miteinander umgingen ist auch aus folgendem Grunde falsch:

In der Türkei (auch in den kurdischen Gebieten) ist **"Jude"** ein **Schimpfwort**.
Die in der Türkei lebenden Griechen werden von den meisten Menschen als minderwertiges Volk angesehen.
Die Armenier trauen sich in der Regel heute noch nicht, sich als Armenier auszugeben (die Nachnamen werden geändert etc).
Die PKK-Mitglieder werden im allgemeinen von den türkischen Nationalisten als Armenier bezeichnet.

Von A. Inanc und anderen ÖZGÜR-ÜLKE - Redakteuren wird nicht nur dieser rassistischen Hetze nicht engegengetreten, sondern, die Basis hierfür überhaupt gelegt.

3.) Jede rassistische Hetze basiert darauf, andere "Rassen" als minderwertig zu betrachten. Ein Rassismus, der nicht nur eine Minderwertigkeit einer anderen "Rasse" behauptet, sondern auch deren spezielle "Dreckigkeit", einen speziellen Willen, andere Völker untertan zu machen, schafft den Nährboden für eine Bereitschaft zu Pogromen und dergleichen.

Wenn es bislang in der Türkei keine Pogrome gegen Juden gegeben hat, wie es sie gegen Kurden (in türkischen Städten) und Aleviten (Religionsgemeinschaft) gibt, liegt es mit Sicherheit nicht am anders gearteten "nahöstlichen Umgang".

Was machen Autonome außer Kämpfen?

Ich will hiermit ein Thema anschneiden,das vielleicht auch Ostern, auf dem Kongress, ein Thema sein sollte.Ich muß zugeben, daß sich das Folgende hauptsächlich auf die"allgemein" als Autonome bezeichneten,bzw. die, die sich so nennen, bezieht.Wie z.B. die GraswurzelrevolutionärInnen oder Flüchtlingsgruppen, die ich gerne beim Kongress sehen würde, dazu stehen, weiß ich nicht, weil ich zu ihnen leider keinen persönlichen Kontakt habe.

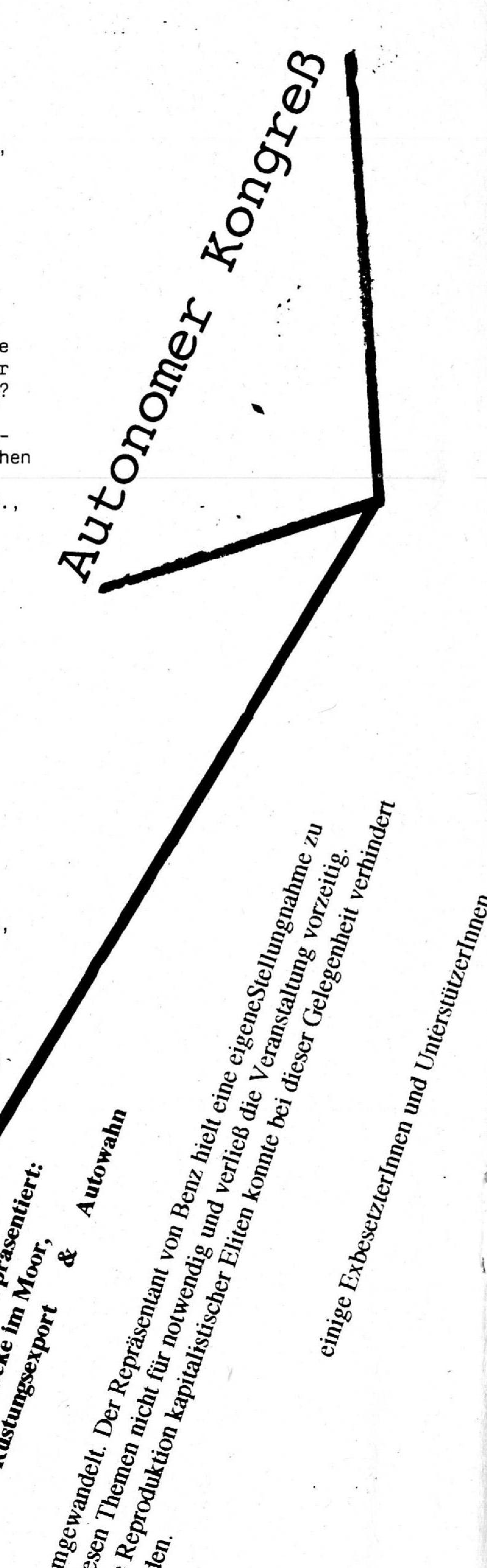
Ich habe ein bißchen über die Frage, was "autonome Praxis" sein könnte, nachgedacht.Da "wir" uns als eine revolutionäre Bewegung bezeichnen, d.h. das menschliche Zusammenleben von Grund auf anders organisieren wollen, müßen wir auch eine Vorstellung haben, was für uns das Leben bedeutet.Und deshalb muß da irgendwie nochmehr sein als die Militanz, die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Unterdrückungsformen etc., nämlich das, was im Allgemeinen das Private genannt wird.Ich weiß, bei "uns" ist das Private politisch, aber beschäftigen wir uns mit z.B. Einsamkeit,Sehnsucht nach Freundschaft und Zärtlichkeit als Politik? Wir reden zwar vom "Feuer in unseren Herzen", aber eine allgemeine Vorstellung oder Diskussion darüber, welchen Stellenwert z.B. Freundschaft für uns haben sollen bzw.ein kollektives Bewußtsein darüber, daßwir ständig nach Freundschaft suchen (oder nicht), gibt es nicht.
Das "jedeR denkt an jedeN", wenden wir nur für materielle Dinge(so sagen wir z.B., daßwir für die Verteilung von Lebensmitteln keine Gesetze und PolizistInnen brauchen) an, nicht aber für das psychische Befinden der Menschen,das regelt schon jedeR für sich alleine.

Ich behaupte, daß ein Großteil der Autonomen(auch wenn es nur in sehr wenigen Teilen dieser Gesellschaft besser ist)mit seinem Verhältnis zu Freundschaften unzufrieden ist; wenn nicht, dann weil Menschen "zufällig" sehr gut miteinander klar kommen, nicht weil sie sich bewußt das Ziel gesetzt haben, sich z.B. durch Freundschaft gegenseitig Kraft zu geben.Damit meine ich nicht,daß man verzweifelt versuchen soll,sich mit einem, einem unsympathischen, Menschen anzufreunden, sondern daß ich mit meinen FreundInnendarüber rede, ob es nicht einer/einem gerade dreckig geht und was jedeR sich von den Freundschaften verspricht(z.B.).
OK, das hört sich jetzt vielleicht alles ziemlich banal an,aber ich glaube, daß in diesem Punkt auch der Grund für die hohe Fluktuation inder Szene begraben liegt;denn niemand kann kämpfen, winn er keine Kraft hat;woher kommt die Kraft, wenn nicht aus den zwischenmenschlichen Beziehungen?

Wir verschieben dieses Problem entweder ins Private(oh, sorry, das gibt´s ja garnicht!)oder wir tun es nach dem Motto ab:das klappt schon alles von selbst, außerdem war es schon immer so(!).Oder ist das Problem an sich vielleicht doch ein bürgerliches?
Ichglaube,daßwir uns für dieses Thema auch oft einfach zu cool sind:**einE AutonomeRkämpft gegen den Staat,und nicht mit Freundschafts- oder Beziehungsproblemen**(abgesehen von Sexismus)!
In der bürgerlichen Welt wird dieses Problem nicht behandelt, weil das am Anfang sicher eine Menge Kraft, Überwindung und Utopie kosten würde, und außerdem wars ja schon immer so...Diese Hindernisse sollten wir überwinden können!!!

biß Ostern

Hans Wurst



ANATOPIA GERÄUMT - DER WIDERSTAND GEHT WEITER

Am 18.1. haben wir die Mercedes Benz AG, die mit einem Stand auf der Kontaktbörse der TU zur Rekrutierung neuer Führungskräfte vertreten war, besucht.Vor demInfostand wurden Flugis verteilt und ein Transpi aufgehängt, das nach einigen Rangeleien mit OrdnerInnen auch hängenblieb. Später haben wir den Vortrag eines Firmenvertreters zur Anwerbung zukünftiger MittäterInnen in eine Infoveranstaltung mit dem Motto

Berlin, den 27. Januar 1995

Liebe Genossen und Genossinnen vom Antinationalen Plenum Hamburg und AK Kassiber Berlin!

In Eurem Aufsatz "Die Reichspogromnacht, die Shoah und die Kontinuität des Antisemitismus in Deutschland" stellt Ihr in der Einleitung fest, am 09. November 1938 wäre "der erste Pogrom seit dem Mittelalter in Deutschland" gewesen. Dem muß ich widersprechen; es gab phasenweise in der frühen Neuzeit und immer wieder im 19. und 20. Jahrhundert Pogrome in Deutschland, und es stellt sich die Frage, ob die Reichspogromnacht nicht in geradezu traditionellem Zusammenhang mit diesen stand.

Pogrome gab es 1830 und 1835 in Hamburg und Baden, 1866 in Franken, 1834 und 1892 im Rheinland, 1900/1901 in Pommern und Westpreußen sowie ab 1933 in verschiedenenen Gegenden Deutschlands. Die jeweiligen Anlässe waren sehr verschieden und bieten die gesamte Palette antijüdischer Vorurteile der letzten 2000 Jahre, natürlich jeweils an die gegenwärtigen Bedingungen angepaßt. Die Pogrome dauerten in der Regel ein bis mehrere Tage, Todesopfer waren eher selten zu beklagen. Eine Besonderheit weisen die Ausschreitungen der Jahre 1892 und 1900/1901 auf, bei denen erstmals die Propaganda antisemitischer Gruppierungen, zum Beispiel der Deutsch-Sozialen Partei, die Ereignisse anfangs begleitete, später teilweise bestimmte.

Zusätzlich zu all diesen lokal beschränkten gab es 1848-1850 und 1819 Pogrome, die weite Gebiete Deutschlands erfaßten.
1848 empfanden große Teile der Landbevölkerung in Franken, Baden und im Rheinland den Beginn der Revolution offenbar als Startzeichen zum Losschlagen gegen die jüdischen Gemeinden. Plünderungen und Mißhandlungen dauerten bis zu eine Woche an und setzten sich vereinzelt und in größeren Zeitabständen bis 1850 fort.
Die schlimmsten Exzesse antijüdischer Gewalt allerdings gab es 1819. Sie gingen als 'Hep-Hep-Verfolgungen', benannt nach dem Schmähruf des Pöbels, in die Geschichte ein. Die Pogrome begannen am 02. August in Würzburg, breiteten sich in den folgenden Wochen über Bayern, Württemberg und Baden bis nach Hamburg und Danzig aus und erreichten Anfang September das Königreich Dänemark. Am schlimmsten wütete der Mob in den großen Städten, neben den bereits genannten in Karlsruhe, Frankfurt, Bayreuth, Darmstadt, Heidelberg und vielen anderen. Anlaß und Intensität waren dabei teilweise sehr unterschiedlich, auf eine ausführliche Schilderung möchte ich hier aber verzichten. Zeitzeugen sprechen von massenhafter Flucht der jüdischen Bevölkerung, da sie sich nicht auf Polizei und Militär verlassen wollten, viele fühlten sich an mittelalterliche Zustände erinnert.
Den Hintergrund bildete die in den vorhergehenden Jahrzehnten herausgebildete Emanzipationsbewegung der Juden und Liberalen, mit der Forderung, ersteren die Bürgerrechte einzuräumen. Enorm zugespitzt wurden die Konflikte dadurch, daß vielerorts innerhalb weniger Jahre die Macht zwischen deutschen und französischen, dänischen bzw. österreichischen Regierungen und Herrschern wechselte. Die Liberalisierung der Stellung der Juden stieß dabei auf erbitterte Ablehnung unter der deutschen Bevölkerung, hauptsächlich aufgrund wirtschaftlicher Konkurrenz, die den alt eingesessenen Antisemitismus stärkte. In manchen Gegenden wurde sofort nach dem erneuten Einzug deutscher Regierungsgewalt die Annullierung dieser Rechte angestrebt.

Sicherlich muß festgestellt werden, daß Pogrome ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland Ausnahmeerscheinungen darstellten. Es gab sie aber, und für einige Regionen lassen sich regelrechte Traditionen antijüdischer Gewalt erkennen; Friedhofsschändungen und Angriffe auf Laubhüttenfeste und Beerdigungszeremonien gehörten oftmals zum Alltag. Als direkte Vorläufer der Reichspogromnacht können sie dennoch wohl nicht betrachtet werden.

Einige Schwierigkeiten bereitet mir Eure Kategorie 'erster moderner Pogrom', da die Bedingungen zentral organisiert, geplant sowie mit modernen Kommunikationsmitteln gesteuert auf viele Ereignisse der jüdischen Geschichte zutreffen. Wenn die Juden völlig von der Gnade des Herrschers abhängig waren und dieser es als opportun empfand, ist es durchaus zu staatlich gelenkten Pogromen mit vielen Toten und Vertreibungen gekommen. Immer wieder auch im 16. und 17. Jahrhundert in den deutschen Kleinstaaten und unter der Habsburger Krone: 1670 ließ Leopold I. die Juden aus Wien vertreiben, da er einen Schloßbrand, die Fehlgeburt der Kaiserin und den Tod des jungen Erzherzogs als göttliche Aufforderung verstand. Und in Rußland kam es Anfang dieses Jahrhunderts zu landesweiten Pogromen, die von antisemitischen Bünden organisiert waren. Schätzungen gehen von mehreren zehntausend bis hunderttausend Opfern aus. Natürlich wurden jedesmal die gerade modernen Kommunikationsmittel benutzt, in Rußland sicherlich auch Telegraph und Telefon. Mir ist auch nicht klar, welchen Grund es gibt, überhaupt solch eine neue Kategorie einzuführen, vielleicht könntet Ihr da einmal näher darauf eingehen.

Mit antifaschistischen Grüßen, B.

Stefan Rohrbacher: Gewalt gegen Juden im 19. und 20. Jahrhundert, in: Strauss/Bergmann/Hoffmann (Hrsg.): Die Novemberpogrome von 1938 in historischer Perspektive. Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung VI, Technische Universität Berlin, 1989.

Jakob Katz: Die Hep-Hep-Verfolgungen des Jahres 1819. Berlin, Metropol, 1994.

Herbert A. Strauss: Juden und Judenfeindlichkeit in der frühen Neuzeit, in: Strauss/Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindlichkeit zum Holocaust. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung Band 213, Bonn, 1984.

FILM 7./8.2. Arsenal
Der Attentäter. Auf den Spuren von Herschel Grynszpan

VORTRAG im Literaturforum im Brechthaus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin
Lesungszyklus Lebenszeugnisse

23.2. Karin Friedrich - Wege ins gelobte Land. 10 Lebensgeschichten aus Israel

30.3. Helmut Krüger - Der halbe Stern. Als deutsch-jüdischer 'Mischling' im Dritten Reich

Zur Diskussion um den 8. Mai:

"der Tag ihrer Befreiung - für die Mehrzahl der Deutschen nicht" (Ex-GBA von Stahl)

Ein Schwerpunkt linker Politik 1995 wird die Auseinandersetzung mit dem Geschichtsrevisionismus sein. Schon im vergangenen Jahr stellten die offiziellen Aktivitäten zum 50. Jahrestag des Stauffenberg-Attentats den "irrelevantesten Teil des Widerstands" (Frank Stern) als Vorbild heraus. 1995 bietet nun mit einer Fülle von Jahrestagen - bspw. dem 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens, dem 100. Geburtstag des Heroenschreibers der Konservativen Revolution Ernst Jünger, dem 50. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald oder die Jahrestage der Aussiedlung Deutscher aus ehemals von den Nazis besetzten Nachbarländern - Gelegenheit zu staatlichem Gedenken und Interpretieren von Geschichte.

Aus diesem Anlaß fand am 10./11. Dezember 1994 in Berlin auf Initiative verschiedener antideutscher Gruppen und Zeitschriften ein erstes bundesweites Treffen unter dem Motto "Kein Frieden mit Deutschland - gegen die Kollaboration mit der Nation" statt (Einladung in der interim 309). Auf dem Treffen wurde über antinationale Aktionen gegen den Geschichtsrevisionismus im kommenden Jahr beraten (siehe jw 15.12.94 oder ND 23.12.94.).

Dort kristallisierten sich allerdings gleich zwei Strömungen heraus: Die eine Strömung argumentiert spezifisch antideutsch und behauptet einen auch heute noch bestehenden "deutschen Sonderweg" (interim 313); für die andere ist die antideutsche Haltung Ausdruck ihrer - "im Wissen der staatlichen Leistungen für die *kapitalistische* Ausbeutung" begründeten - GegnerInnenschaft zu "jedem *kapitalistischen* [National]staat", wobei sie sich aber "gerade" gegen die "hiesigen Machthaber" wenden (Flugi "8 Fragen...", unsere Hervorh.). Beiden Strömungen gemeinsam ist jedenfalls die Abgrenzung von der "Massenlinken" (interim 309) bzw. von "den Teilen der Linken, die Bündnispolitik und Massenarbeit treiben" (Flugi). Damit lösten sie erste Diskussionen aus; so erschien in der interim 312 ein Text von GenossInnen, der den Aufruf der Antideutschen schon im Ansatz verwirft. Eine Replik erschien in der interim 314. Auch die aktuelle Ausgabe der *Bahamas News* beschäftigt sich ausführlich mit dem Treffen der Antideutschen.

Wir unterstützen unsererseits eine linke Intervention gegen den Geschichtsrevisionismus. Dazu setzen wir uns im folgenden kritisch mit den unterschiedlichen Positionen auseinander und versuchen zu skizzieren, wie eine nichtsektiererische revolutionäre Intervention in diese Auseinandersetzung unserer Meinung nach aussehen könnte.

I. Brauchen wir eine neue Anti-Hitler-Koalition?

Wir stimmen den Antideutschen zu, wenn sie sagen: Der Nazi-Faschismus "war nicht irgendein politisches System, ihn zu besiegen waren alle Mittel erlaubt." Daraus folgt aber noch nicht die Richtigkeit ihrer auf die aktuelle Situation bezogenen Faschisierungsthese. Vielmehr ergibt sich daraus gerade ein Argument *gegen* deren Suggestion einer Kontinuität vom 1., 2., 3. bis "4. Reich". Es geht also vielmehr um eine Untersuchung der *konkreten Bedingungen*, die zur Faschisierung der Weimarer Republik führten, und um Untersuchung der *konkreten heutigen Bedingungen.* Statt eine solche konkrete Analyse zu leisten, gründen die Antideutschen ihre Argumentation auf Spekulationen über Wesen, Einstellungen und Verhaltensweisen "der Deutschen". Sie wirken so an der Produktion jener Volksgemeinschaft mit, die sie eigentlich bekämpfen wollen. (Und man/frau halte uns nicht entgegen, nur die nationalistischen Deutschen seien "deutsch". Denn ein individueller Austritt aus dem Nationalstaat ist genauso *wenig einfach möglich* wie aus dem Lohnarbeits-/Kapital- oder dem Geschlechterverhältnis!)

Aber zurück zu unseren gegenwärtigen konkreten Bedingungen: Die heutige Realität übertrifft durchaus nicht, wie aber in der Einladung zu o.g. Treffen behauptet wurde, die Prognosen der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne von 1989/90. Läßt sich heute wirklich noch die These aufrechterhalten, daß die Situation nach der sog. Maueröffnung "ähnlich wie einst am 4. August 1914 nach dem Beginn des 1. Weltkrieges, und ähnlich wie am 17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers" gewesen war? Hat der 3. Weltkrieg inzwischen stattgefunden? Ist das parlamentarische Regime liquidiert? Was ist aus dem 'Räsonieren' über "die Grenzen von 1937" geworden? Gibt es heute tatsächlich ein neues 'Großdeutschland' oder vielmehr eine Groß-BRD? (alle Zitate aus dem "Aufruf der Radikalen Linken gegen Nationalismus und Wiedervereinigung", in: AK 315, 5.2.90, S. 39)

Gibt es tatsächlich *aktuell wesentliche* "Unterschiede des allgemeinen Konstrukts Nation zum deutschen Sonderweg" (interim 313)? Zeichnet sich der BRD-Imperialismus im Vergleich zu anderen Imperialismen *heute* tatsächlich durch eine *besondere* "Aggressivität und ... Bereitschaft zu abenteuerlichen Manövern" aus (aus einem Aufruf v. Dez. 1989, in: AK 313, S. 2) *oder* hat *jeder* Imperialismus seinen 'Hinterhof' für "abenteuerliche Manöver" und Gebiete, an denen er weniger interessiert ist?

Wir sind jedenfalls der Überzeugung, daß gerade die Vorbereitungen der offiziellen Gedenkfeiern zeigen, daß sich die *BRD in eine Reihe mit anderen imperialistischen Staaten* innerhalb und außerhalb Europas stellen will. Wir stimmen

ES GIBT KEIN RUHIGES HINTERLAND

Der Widerstand gegen den Castor und das gesamte Atomprogramm kann nicht an den von oben verordneten Grenzen halt machen. Denn wie wir wissen, werden im Falle eines Transportes Tausende von paramilitärisch ausgerüsteten Ordnungskräften das Wendland in einen Belagerungszustand versetzen. Gleichzeitig werden diktatorische Maßnahmen gegen die Menschen im Landkreis verhängt, um ihren freien Willen und ihr selbstbestimmtes Handeln zu brechen. Der polizeiliche Aufmarsch und die von Bezirksregierung und Landkreis großflächig verhängten Versammlungsverbote im November vergangenen Jahres vermögen einen Eindruck davon zu vermitteln, daß jede unliebsame und effektive Regung gegen den Castor unterdrückt und dieser mit Gewalt durchgesetzt werden soll. Deshalb müssen wir vorher da sein! Nicht nur im Wendland, sondern an vielen Orten werden die unterschiedlichsten Aktionen laufen. Es gilt den Normalzustand außer Kraft zu setzen und deutlich zu machen, daß es keinen Konsens über den Weiterbetrieb von Atomanlagen geben kann.

DEMONSTRIEREN BLOCKIEREN SABOTIEREN

Den Castor verhindern bevor er losfährt, lautete im vergangenem Jahr die Parole und dabei soll es auch in diesem Jahr bleiben. Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß schon im Vorfeld soviel Druck erzeugt wird, der es der Gegenseite nicht opportun erscheinen läßt, den Transport auf den Weg zu bringen. Dabei kommt es darauf an, daß die ganze Breite des Protestes und Widerstandes sichtbar und in einer gemeinsamen kraftvollen Aktion die Entschlossenheit dokumentiert wird, den Castor zu verhindern. Mit dieser Aktion muß die Drohung verbunden sein, daß ein etwaiger Transport unkalkulierbare Folgen zeitigen wird. Die Gegenseite darf sich keine Vorstellung davon machen können, welche Blockaden, Eingriffe, Angriffe und Sabotageaktionen es über die bereits angekündigten Aktionen hinaus geben wird. Eine Aktion, die sozusagen als letzte Möglichkeit diesen Druck noch verstärken und die massenhafte Entschlossenheit unterstreichen soll, soll am Wochenende unmittelbar vor dem Transport beginnen. Mit ihr sollen alle angesprochenen Elemente verbunden werden, um darüber hinaus, trotz aller Unterschiede, die Gemeinsamkeit unseres Protestes und Widerstandes herauszustreichen.
Für die WendländerInnen bedeutet dies die Mobilisierung aller Reserven. An die Menschen, die nicht hier leben, ergeht der dringende Aufruf, uns in unserem Kampf zu unterstützen. Gemeinsam wollen wir an diesem Wochenende die Blockade der Schienenwege sowohl von Uelzen als auch von Lüneburg nach Dannenberg durchsetzen. Darüber hinaus rufen wir dazu auf, die möglichen Umschlagbahnhöfe Uelzen und Lüneburg in diese Blockaden einzubeziehen und sie von jeglichem Schienenverkehr abzuschneiden. Für gutvorbereitete Kleingruppen, die sich die nötige Ortskenntnis verschafft haben und die entsprechend organisiert und ausgerüstet sind bietet sich hier ein breites Betätigungsfeld!
Da es unmöglich sein wird, an der Hauptstrecke öffentlich in Erscheinung zu treten, bietet sich größeren Gruppen oder zusammenschlüssen von Gruppen die Möglichkeit, dies in Zernien oder Oldendorf zu tun. An beiden Orten werden Infostellen eingerichtet und besetzt, doch sollen auch hier die Aktivitäten eigenverantwortlich geplant und durchgeführt werden. Hier können überdies die in unmittelbarer Nähe liegenden Bundesstraßen in die Aktion miteinbezogen werden. Zu einem generellem Aufruf, die Zufahrtsstraßen in den Landkreis dicht zu machen, nehmen wir diesesmal Abstand, um die Anreise von unorganisierten Menschen nicht zusätzlich zu erschweren.
Zentraler Anlaufpunkt für all jene, die sich zwar praktisch betätigen möchten, aber weder in Kleingruppen noch in andere Strukturen eingebunden sind, ist das Gleisdreieck in Dannenberg, also dort wo die Gleise aus Uelzen und Lüneburg zusammentreffen. Hier soll neben der Errichtung eines Wachturmes ein Limes gebaut werden, der die beiden Gleise nicht nur symbolisch vom Dannenberger Bahnhof abschneidet. Dieser Platz ist außerdem der geeignete Ort das Hüttendorf "Castornix" neu entstehen zulassen und besetzt zu halten. Bereitet Euch darauf vor, einige Tage hier zu verbringen und im Freien zu übernachten, denkt auch an Verpflegung, da wir nicht wissen, wie schnell wir diese kurzfristig organisiert bekommen. Überlegt Euch am besten schon zu Hause wie ihr Euch einbringen und welche Aufgaben ihr übernehmen könntet. Organisiert Euch, schließt Euch zusammen und seid auf der Hut, erleichtert den Schergen der Justiz nicht durch Unachtsamkeit und dgl. mehr ihre Arbeit!

SIE KOMMEN NICHT DURCH

Anschlag legte Bahnstrecke in Niedersachsen lahm

■ *Griefahn mahnt Atomkraft-Gegner zur Besonnenheit*

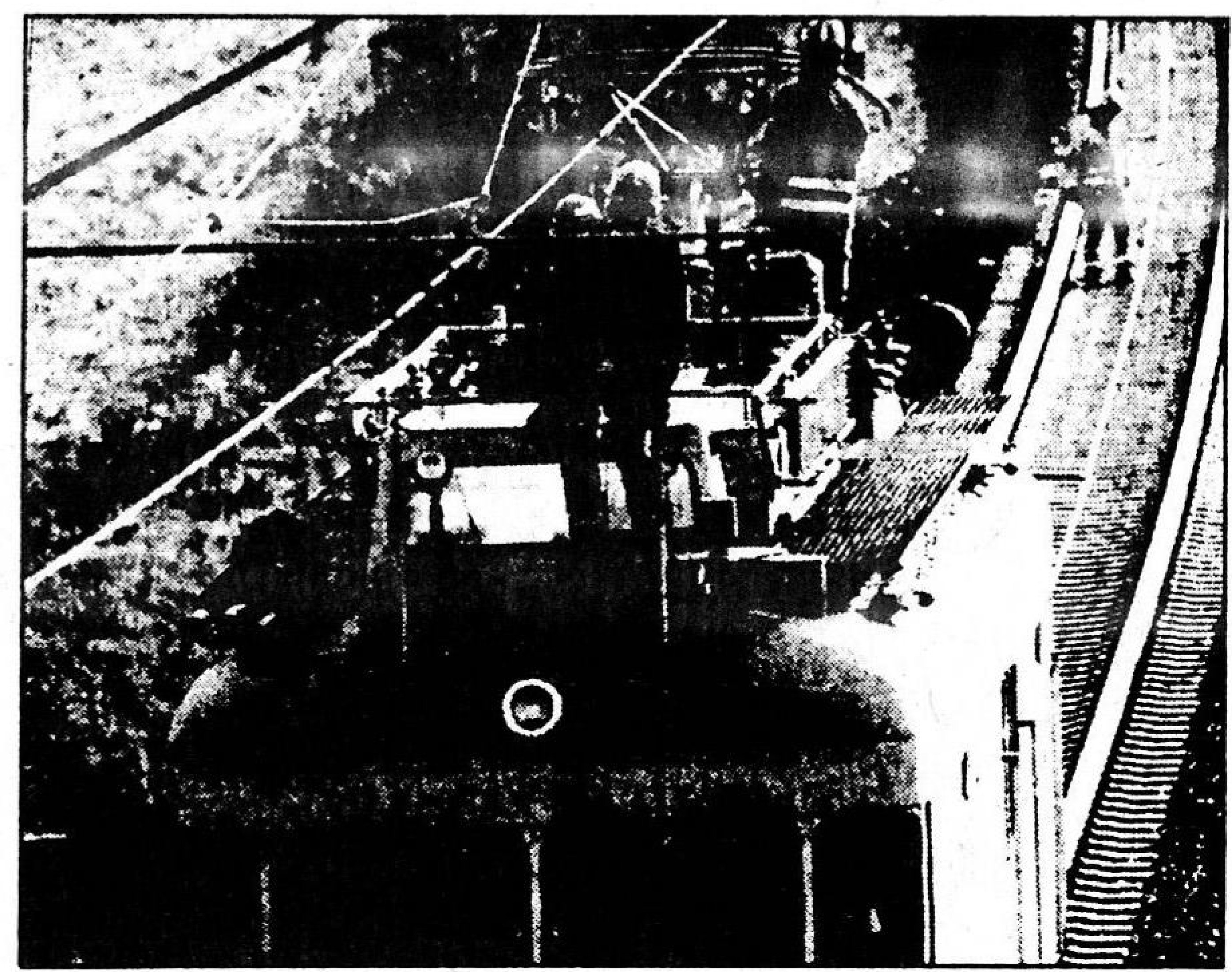
BM/dpa Lüneburg, 27. Jan.

Militante Atomkraftgegner haben gestern bei Bienenbüttel in Niedersachsen einen Anschlag auf die Bahnstrecke Hamburg-Hannover verübt. Dabei sei niemand verletzt, aber erheblicher Sachschaden angerichtet worden, berichtete die Polizei. Der Zugverkehr mußte auf der wichtigen Strecke mehrere Stunden gesperrt werden.

Ein anonymer Anrufer hatte die Aktion angekündigt. Generalbundesanwalt Kay Nehm zog die Ermittlungen an sich. In Tatortnähe seien Zettel mit der Aufschrift „Stoppt Castor" gefunden worden. Sie seien mit „K.Ollektiv Gorleben" gezeichnet, hieß es bei den Sicherheitsbehörden. Eine gleichnamige Gruppe hatte bereits im November 1994 mit sieben Anschlägen den Bahnverkehr rund um Hannover lahmgelegt.

Ein in die Oberleitung gehängter Wurfanker hatte den Stromabnehmer einer Lokomotive beschädigt. Die Lok eines nachfolgenden Zuges zerstörte dann teilweise die Leitung auf einer Strecke von 200 Metern. Der Anschlag erfolgte nur wenige Tage, nachdem das Oberverwaltungsgericht Lüneburg grünes Licht für den Transport der Brennelemente aus dem baden-württembergischen Atomkraftwerk Phillipsburg ins Zwischenlager nach Gorleben gegeben hatte.

Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) rief unterdessen die Atomkraftgegner in Gorleben zur Besonnenheit auf. Gewalttätigkeiten wie der jüngste Bahnanschlag hätten nichts mit einem demokratisch legitimierten Protest gegen Atommülltransporte nach Gorleben zu tun.



Bahnarbeiter reparieren die zerstörte Oberleitung auf der Strecke Hamburg-Hannover. dpa

Es lebe die Republik freies Wendland, V.i.S.d.P. Der provisorische Armeerat, Gorleben im Januar 1995

Schlechtes Klima für den Gipfel ?

Vom 28.3.95 bis zum 7.4.95 findet in Berlin der sog. "Klimagipfel" statt. Zu diesem Anlaß werden die Regierungschefs fast aller Nationen der Welt nach Berlin kommen. Die Vertreter der Regierungen der kapitalistischen Zentren werden dort den Ton angeben und die Ausbeutung von Mensch und Natur soll dort weiterhin legitimiert werden.

Die Gruppen die bis jetzt an "Gegen-"(?)Veranstaltungen arbeiten, kommen aus dem grün-alternativen und kirchlichen Spektrum. Hinzu kommen staatlich geförderte Öko-Verbände. Sie lassen sich ihre Arbeit, aus uns unverständlichen Gründen von dem Plaza-Hotel sponsern. Die Forderungen dieses Bündnisses beschränken sich auf den "öko-technologischen" Bereich. Es gibt nicht den geringsten Ansatz das kapitalistische System für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verantwortlich zu machen. Systemkritik wird ausgeblendet.

Der "Klimagipfel" ist bisher scheinbar von der radikalen Linken der Stadt nicht zur Kenntnis genommen worden, bietet er doch Möglichkeiten grundlegende Kritik an der Politik der Herrschenden zu äußern. Dieser Gipfel ist das politische Großereignis in der Stadt. Er reiht sich ein, in das Konzept des Senats, internationale Großveranstaltungen des Kapitals in Berlin zu etablieren.

Sicherlich ist die Zeit bis zum 28.3 sehr kurz. Vielleicht ist es aber noch möglich, sich in einem Treffen darüber zu verständigen, ob und wie wir deutlich machen können, daß Umweltzerstörung und Ausbeutung systemimmanente Größen sind.

Wir laden ein zu einem Treffen, wo wir über diese Fragen gemeinsam reden wollen:

Am Donnerstag, den 9.2.95 um 20.00 im
Haus der Demokratie (HDD), Friedrichstr.165,
Raum 205 (U-Bhf. Französischestr.)

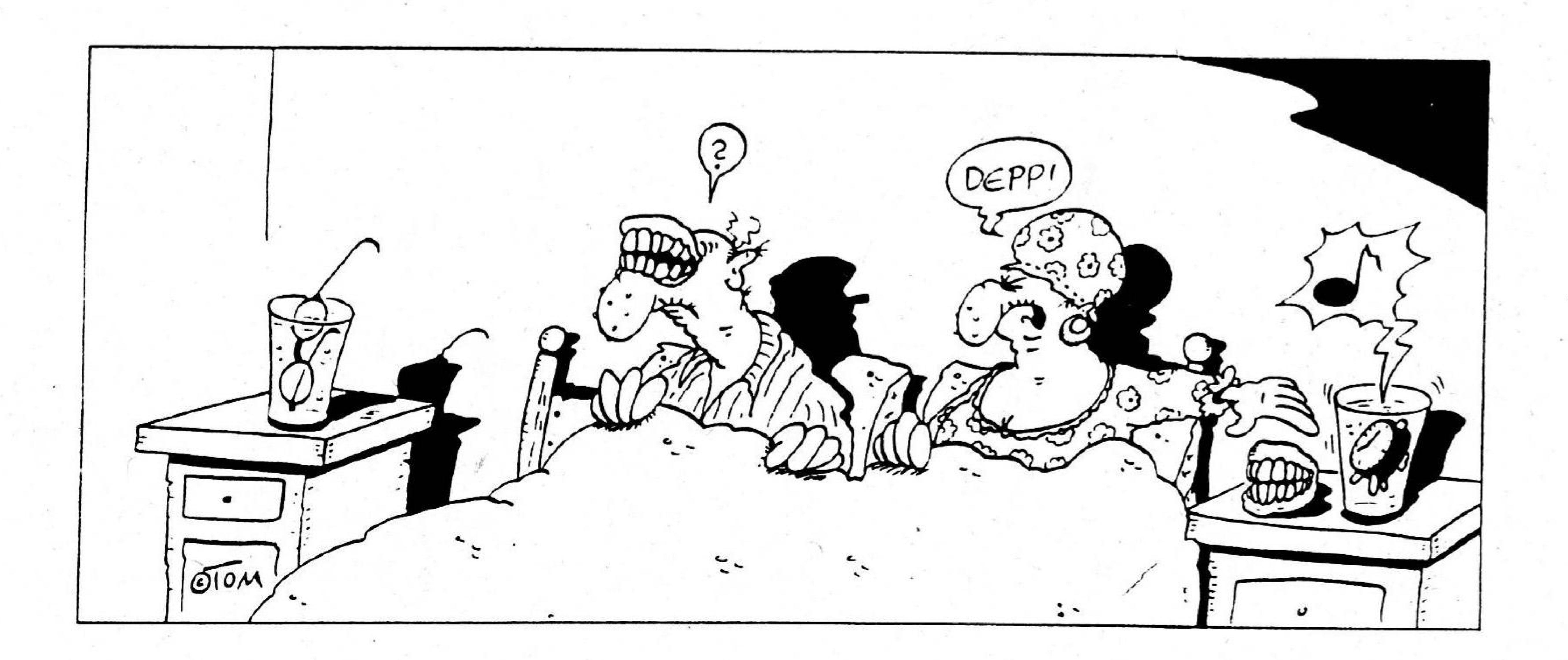
Alternative Linke, c/o HDD, Raum 205

Randale in Frankfurt

Schlagstöcke sicherten Auftritt von Kanther in Bornheim

Frankfurt/Main (taz) – Die von Gegnern der „brutalen Abschiebepolitik" von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) am Freitag abend im Frankfurter Stadtteil Bornheim inszenier' schwere Randale kam dem .kämpfer Kanther gerade recht. „Wir werden verhöhnt als Law-and-order-Leute", sagte er. „Und wir sind es. Und wir sind es gerne!" Wer seine Meinung mit den Fäusten vortrage, disqualifiziere sich selbst, meinte der Innenminister am Sonnabend auf dem Kleinen Parteitag (Landesausschuß) der hessischen CDU in Wallau. Kanther und der Sprecher der Landtagsfraktion der Union, Dirk Metz, dankten der Polizei für das „energische Vorgehen" gegen den „linksfaschistischen Terror".

Zu den schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und etwa 250 DemonstrantInnen kam es am Freitag abend rund um eine Wahlkampfveranstaltung mit Kanther im Bürgerhaus Bornheim. Mit Schlagstock und Wasserwerfern räumte die Polizei die Eingänge zum Bürgerhaus frei. Als Kanther kam, flogen Flaschen, Farbbeutel und Eier, die Polizei behauptet, auch Leuchtspurmunition. An der Randale beteiligten sich Jungsozialisten und sogenannte autonome Gruppen.



ken und die Zusammenarbeit von Linken weltweit zu setzen.

V. Ist "kein positiver Bezug auf den Befreiungsnationalismus" möglich?

"Ein weiteres Essential" der Antideutschen ist die Ablehnung jeglichen positiven Bezugs auf den Befreiungsnationalismus (interim 313). Und schon auf dem eingangs erwähnten Antideutschen-Treffen vertrat ein Teilnehmer die These, die PKK sei "tendenziell besonders barbarisch". Eine pauschale Abqualifizierung ist keine Grundlage für eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der PKK und ihr nahestehenden Medien oder Gruppen. Um eine solche Debatte über die PKK führen zu können, muß genau untersucht werden, was deren Politik in der konkreten Situation für die Bevölkerung in Westkurdistan bedeutet. Stichworte: Verhältnis von nationalem Befreiungskampf und Möglichkeiten von Frauen, ihre Interessen zu formulieren und durchzusetzen; die Haltung der PKK zu feudalistischen und bürgerlichen Strukturen in der kurdischen Gesellschaft; ihr Verhältnis zu anderen (kommunistischen, feministischen, antirassistischen) Gruppen; ihr Umgang mit NichtkurdInnen; ihr Verhältnis zum Antisemitismus, wie er in einem Artikel der Zeitung *Özgür Ülke* im August 1994 zum Ausdruck kommt (siehe interim 310 oder Bahamas News 16). Vor allem ist allerdings für AntinationalistInnen in der BRD eines nötig: Solidarität mit den vom deutschen Staat kriminalisierten KurdInnen.

Im übrigen ist gerade im Zusammenhang mit dem antifaschistischen Kampf eine totale Ablehnung jeden Befreiungsnationalismus ein Widerspruch in sich. Schließlich war der Kampf der PartisanInnen in Italien und Frankreich, aber auch vieler Länder Ost- und Südosteuropas durch den Befreiungsnationalismus gespeist.

Wir sind deshalb der Überzeugung, daß es möglich ist, in bestimmten Situationen die übergangsweise Notwendigkeit von Befreiungsnationalismus (bspw. als Mittel gegen rassistische Unterdrückung) zu erkennen *und* dessen Grenzen und Schwächen (insbesondere in Bezug auf das Erkennen und Austragen von Widersprüchen *in* [sich auf diese Weise konstituierenden] Nationen) zu kritisieren. Dies ist das glatte Gegenteil einer Rechtfertigung des Nationalismus imperialistischer Staaten!

VI. Was folgt aus alle dem?

> "Wir gehen davon aus, daß eine Demonstration/Aktion um den 8. Mai den geschichtlichen Anlaß nicht von der gegenwärtigen Politik abtrennt, sondern sich eingedenk der Ereignisse vor 50 Jahren auf die jetzige und die zu erwartende deutsche Politik konzentriert."
> **aus der Einladung zum Treffen der Antideutschen**

Dies bedeutet *für uns* - bei grundsätzlicher Bündnisbereitschaft mit allen AntifaschistInnen -, daß bei einer linken Mobilisierung zum 8. Mai, nicht nur der historische antifaschistische Widerstand, sondern auch der Widerstand gegen den deutschen Imperialismus nach '45, *unter anderem* der Kampf der Roten Armee Fraktion, ein wesentlicher Bezugspunkt sein muß. Denn es war die RAF, die (bei allihren Fehlern und gerade der Schwäche ihrer Faschismus-Analysen) den Bruch der Außerparlamentarischen Opposition (APO) mit dem begrenzten, defensiven alten Anti-Faschismus und dessen "parlamentarischer Fixierung auf Strauß hier, Heinemann da" betonte und selbst wieder die Frage nach der "Revolution im Westen" auf die Tagesordnung setzte (Konzept Stadtguerilla). Wenn RAF allerdings als Abkürzung für Royal-Air-Force steht, dann werden wir den positiven Bezug auf sie nicht nur von den antideutschen, sondern auch bei den offiziellen Gedenkveranstaltungen zu hören bekommen werden. Wir beziehen uns demgegenüber nicht in erster Linie auf die westalliierten Armeen, sondern auf den bedeutenden Beitrag der Roten Armee zum Kampf gegen Nazi-Deutschland und vor allem auf jene, die durch die Art ihrer Organisierung und/oder ihre Ziele über den ausschließlichen Kampf gegen den Faschismus hinausweisende Ziele verfolgten, mit denen wir uns heute noch identifizieren können. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Ansätze heute verschwiegen und teilweise anfeindet werden. Das sind z.B. die Kämpfe der Partisanen und Partisaninnen der verschieden Länder Europas, der eigenständige jüdische Widerstand in den Ghettos, in den Vernichtungslagern, die eigenständige Organisierung jüdischer KommunistInnen aus Osteuropa im besetzten Frankreich oder die organisierten Kämpfe der Gefangenen in den Konzentrationslagern.

Der Kampf geht weiter!

> "Gemeinsam ist der Feind, der in jedem radikal bis zum Ende durchgeführten Kampf sichtbar wird, das mörderische System des Imperialismus. Gemeinsam ist auch das Ziel: die weltweite Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen."
> **Revolutionäre Zellen 1981**

PS.: Eigentlich hatten wir angekündigt, zu unserer Veranstaltungsreihe "What will the revolution change?" ein Auswertungstreffen (mit der Option auf Erweiterung unserer Gruppe) durchzuführen. Wir haben aber bisher selbst keine politisch substantielle Auswertung unserer Veranstaltungsreihe zustande gebracht, so daß wir kaum ein *input* zu einem solchen Treffen leisten können und deshalb zunächst davon Abstand nehmen. Das heißt gleichzeitig, daß wir im Moment mit einer klaffenden Lücke zwischen den weitreichend-langfristigen strategischen Ansprüchen aus unserer Broschüre und unseren Veranstaltungsreferaten einerseits und solchen *ad hoc*-Interventionen wie hier zur 8. Mai-Diskussion andererseits konfrontiert sind. Uns fehlt eine Konzeption mittlerer Reichweite, die beides miteinander verbinden könnte. Wer/welche mit uns trotzdem über unsere Broschüre, die Veranstaltungsreihe, unsere 8. Mai-Intervention o.ä. diskutieren möchte, kann sich bei

Broschürengruppe c/o Kopierladen M99, Manteuffelstraße 96, 10997 Berlin melden.

Broschürengruppe

Tornado-Kriegseinsätze unter humanitärem Vorwand: Die Brandstifter schütten weiter Benzin ins Feuer

Die Debatte um Bundeswehreinsätze außerhalb Deutschlands und des NATO-Gebietes wurde durch die aktuellen Überlegungen, sich mit Tornado-Kampfflugzeugen und Logistikeinheiten der Bundeswehr an einer Militäraktion zu beteiligen, die von der NATO für den Fall eines Abzuges der UN-Schutztruppen aus Bosnien geplant ist, aufs neue angeheizt.
Dies wäre der erste offensive Militäreinsatz deutschen Militärs seit dem zweiten Weltkrieg, der zudem zwar als "humanitäre Intervention" deklariert wird, aber kein "Blauhelm"-Einsatz darstellt, sondern eine Aktion, die rein in der Verantwortung der NATO liegen würde
Gleichzeitig würde auch mit einem zweiten Tabu gebrochen, das deutschen Truppen das Eingreifen in allen Ländern verbot, in denen die deutsche Soldateska während des zweiten Weltkriegs gewütet hatte.

Drei gewichtige Gründe sprechen für einen entschiedenen Widerstand gegen die ständig wachsende Militarisierung deutscher Außenpolitik:

I. Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes und zu anderen als Verteidigungszwecken verstoßen gegen Verfassungsgrundsätze, die mit guten Grund im Grundgesetz festgeschrieben wurden.

Unter dem Druck der Siegermächte und auf Grund einer antimilitaristischen Stimmung in der Bevölkerung unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, wurde die Beschränkung möglicher Einsätze der Bundeswehr auf die Landesverteidigung (und evtl. die Verteidigung von Bündnispartnern) im Grundgesetz verankert.

Es war mehr als 40 Jahre lang – auch von konservativer Seite – unbestritten, daß das Grundgesetz Bundeswehreinsätze außerhalb dieses engen Rahmens, d.h. insbesondere außerhalb des NATO-Gebietes – unabhängig davon, zu welchem Zweck sie dienen sollten – nicht gestättet.

Das entscheidende dabei ist nicht, welchen Spielraum bei bestimmter Interpretation das Grundgesetz eventuell zuläßt, sondern daß die Gründe, die zur verfassungsmäßigen Beschränkung deutscher Militäraktionen führten, nach wie vor gültig sind:
Schließlich hat Deutschland den zerstörerischsten Krieg aller Zeiten vom Zaun gebrochen und und konnte nur unter großen Opfern zurückgeschlagen werden. Die deutschen Überfälle und die deutsche Besatzungspolitik hatten ungeheure Opfer gefordert und weite Regionen verwüstet: allein in der SU waren mehr als 20 Millionen Opfer der deutschen Aggression geworden und auch in den anderen osteuropäischen Ländern gab es Millionen Tote.
Beispielsweise in Jugoslawien forderte die Schreckensherrschaft des unter deutscher Besatzung eingerichten faschistischen Kroatiens und der Terror der deutschen Besatzungsmacht selbst mehr als eine Million Opfer, hauptsächlich unter der serbischen Bevölkerung.

II. Über die Beteiligung an "humanitären" Militäreinsätzen soll Schritt für Schritt die uneingeschränkte militärische Interventionsfähigkeit der deutschen Großmacht innen- wie außenpolitsch durchgesetzt werden.

Die oben beschriebene, in der deutschen Geschichte begründeten Beschränkung des Handlungsspielraumes, stört die herrschenden Kreise Deutschlands. Um weltweit ihre Großmachtinteressen verfolgen zu können, muß auch die volle militärische Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden.
Ein propagandistisches Mittel dabei ist die Rede von der "Verantwortung", der Deutschland nur gerecht werden kann, wenn es sich an "humanitären" und "friedensschaffenden und erhaltenden" militärischen Einsätzen beteiligen würde.
Parallel dazu wird versucht mit allen Mitteln die deutsche Geschichte zu relativieren und den Mantel des Vergessens über die unschöne jüngere deutsche Vergangenheit zu breiten.

Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität (AKAS)
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg

Konto-Nr.: 0126517759
BLZ 66010075
Postgiroamt Karlsruhe
Stichwort: Plakate (+ Anzahl)

Anbei ein Plakat gegen den geplanten Tornado-Einsatz in Jugoslawien, das wir hier in Heidelberg gemacht haben. Wir versuchen damit in bescheidener Weise auf die aktuelle Entwicklung des (deutschen) Imperialismus aufmerksam zu machen und Öffentlichkeit zu schaffen und fänden es wichtig, wenn dies auch in anderen Städten klappt. Vielleicht könnt Ihr die Plakate ja in Eurem Laden oder einer Kneipe o.ä. aufhängen, bzw. in Euren Medien darüber berichten (Ankündigung bzw. Abdruck des Textes).
Zusätzlich legen wir zur Erläuterung noch einen kurzen Text zu den Plakaten bei, der den Inhalt etwas ausführen soll – er richtet sich im Wesentlichen eher an die linke und linksliberale Position, die solche Einsätze (noch) ablehnt.

Wir haben die Plakate in einer relativ hohen Auflage drucken lassen, in der Hoffnung, daß sie als kleiner Anfang auch in anderen Städten geklebt werden. Ihr seid hiermit also aufgerufen, sie bei uns zu bestellen.

Jeweils 100 Plakate kosten 30 DM, kleinere Mengen lohnen sich wegen dem hohen Porto nicht. Einfacher wäre, wenn wir jeweils 200 für 60 DM usw. verschicken könnten. Ihr könnt uns das Geld entweder zuschicken, oder, was uns lieber wäre, auf das Konto des Infoladens überweisen.

Eine kurze Notiz, wieviele Plakate Ihr zu Jugoslawien haben wollt, und eine Kopie der Überweisung, reichen. Wir schicken Sie Euch dann die Tage zu.



Belgrad nach der Bombardierung durch deutsche Kampfflieger im April 1941

Jugoslawien-Bulletin, c/o Friedensladen, Schillerstr. 28, 69115 Heidelb...
Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität (AKAS), c/o Infoladen, Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelb...

Anarchistisches Sommercamp in Hamburg

Die Anarchistische Föderation Hamburg (AFH) plant für die letzte Woche des Juli '95 (Samstag den 22. bis Sonntag den 30.) ein Sommercamp auf einem Campingplatz in der Nähe von Hamburg. Zu diesem Sommercamp laden wir alle AnarchistInnen, die für den Sommer noch keine Pauschalreise gebucht haben ein, daran teilzunehmen. Insbesondere würden wir uns auch über Besuch aus dem Ausland freuen.

Wir haben die Absicht uns auf dem Camp gegenseitig besser kennenzulernen, viel Spaß miteinander zu haben (z.B. auf dem Golfplatz nebenan), gemeinsam vegan zu kochen, die Revolution zu planen und unsere Meinungen in nächtelangen Diskussionen auszutauschen.

Leute die Lust haben daran teilzunehmen, jetzt und später mehr Informationen zu bekommen oder sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen, können den Antwortzettel schicken an:

AFH
c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
20357 Hamburg

Bis dahin Gesundheit und Anarchie, Eure

Anarchistische Aktion, Anarchistische Gruppe/Rätekommunistinnen, AnarchistischeRadlerInnen, Arbeitskrais Weltrevolution, Das A– Team der Antifa 7. September, Earth First Hamburg, Freie ArbeiterInnen Union OG Hamburg, I–AFD Hamburg, Lase–Plenum, Libertäre Bibliothek, Libertäres Zentrum, Olala, Schwarze Schlümpfe Uetersen, Selbstverwaltungsgruppe im LiZ, Solidaritätskomitee Piotr Siuda sowie AnarchistInnen aus folgenden Gruppen: Antifa Walddörfer, Antifa Jugendfront, Rissener Aktions Front, JUMP, Antifa Fula.

J(A), ich will:

- ☐ immer neue Infos über das Camp bekommen !
- ☐ mich und __ weitere Leute für das Camp jetzt schon anmelden !
- ☐ folgendes wissen: ________________
- ☐ ganz viele Flugis (ungefähr ______) und Plakate (so um die ______) zum Verteilen in meiner Gegend

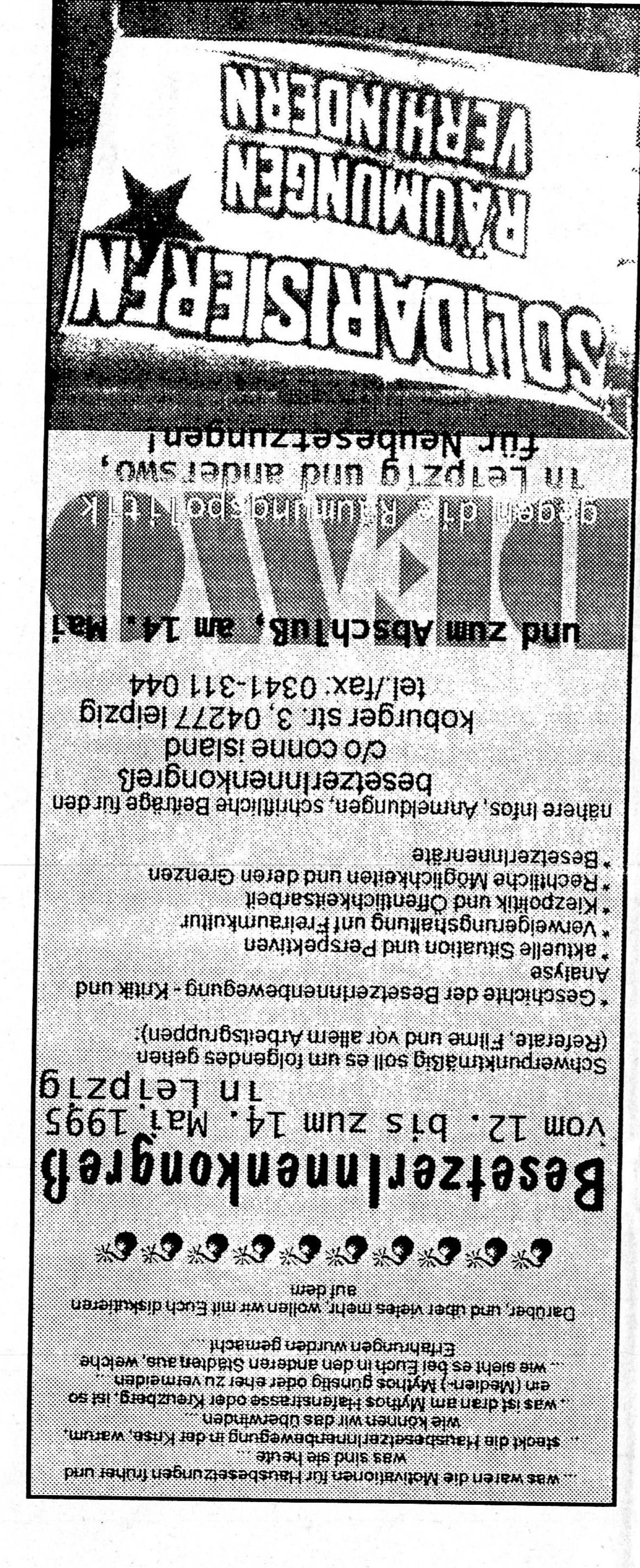
J(A), ich bin bereit zu folgendem:

- ☐ für das Camp folgende AG, Seminar, Kurs, Diskussionsveranstaltung vorzubereiten: ________________
- ☐ mit dem Namen meiner Gruppe unter den künftigen Aufrufflugis, Infozetteln und Plakaten als TeilnehmerIn aufgeführt zu werden.

Ich bin / wir sind:

Name: ________________
Adresse: ________________
Tel.:* ________________
Fax:* ________________
e-mail:* ________________

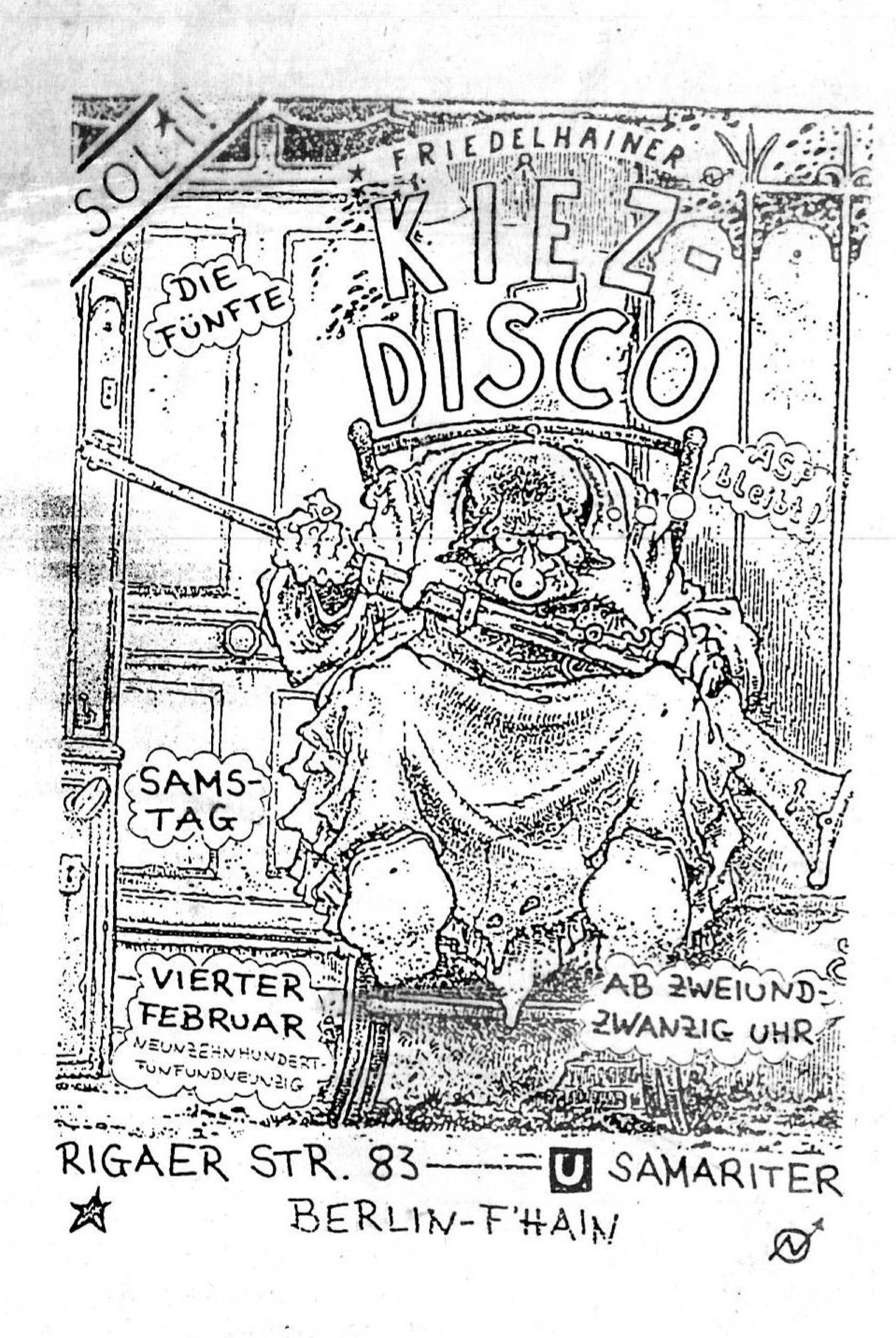
* soweit vorhanden



Uferstr. 13, Berlin Wedding, U 9 Nauener Platz, U 6 Pankstr., tägl. ab 18 Uhr, Do FrauenLesbenabend

- termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine - termine

Donnerstag, 2.2.95 21.00 Uhr	**FrauenLesbenabend** im **CLASH**: **"Die Stille um Christine M"** Wiederholung aufgrund der großen Nachfrage
Samstag, 4.2.95	**Spieleabend** im **CLASH**
Sonntag, 5.2.95 21.00 Uhr	Videofilm im **CLASH**: **"In letzter Sekunde"** Spielfim über einen britischen Oberlehrer, der an seinem Pünktlichkeitswahn verzweifelt. GB '86 R: C. Morahan, D: John Gleese
Mittwoch, 8.2.95 21.00 Uhr	Antifaschistische Videos im **CLASH**: **"Schindlers Liste"** die Geschichte des Nazi, Frauenheld und Kriegsgewinnlers Oscar Schindler, der 1100 Juden vor dem Holocaust bewahrte. R: Steven Spielberg, USA 1994, 187 min, sw
Donnerstag, 9.2.95 21.00 Uhr	**FrauenLesbenabend** im **CLASH**: **"Bambule"** von Ulrike Meinhof Wiederholung aufgrund der großen Nachfrage





Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung war Mumia Abu-Jamal gewählter Vorsitzender der 'Association of Black Journalists' in Philadelphia. In der Todeszelle hat er nicht aufgehört, seine Stimme zu erheben. Er arbeitet als Autor für Radios und mehrere Zeitungen veröffentlichen regelmäßig seine Kolumnen. Im Buch setzt sich Jamal in Form von Essays mit seinem ehemaligen Leben als Black Panther, seinem heutigen Leben in der Todeszelle und der reaktionären Entwicklung in den USA auseinander. Mit den Texten legt er Zeugnis ab von seinem nun schon 14jährigen persönlichen Kampf gegen die Ungerechtigkeit, die ihm durch das US-Justizsystems widerfährt.

ISBN 3-926529-09-1 Broschur ca. 150 Seiten ca. 18,00 DM erscheint ca. April/Mai 1995 * Vorbestellungen ratsam

Agipa-Press
Amerika Gegeninformationspresse Bremen
Verlag für Geschichte, Kultur und Politik der Völker Amerikas

In einem
FREMDENLAND
Flüchtlinge und Deutsche erzählen
Ulrike Behnen (Hg.)

KURDISTAN
AFGHANISTAN
LIBANON
SYRIEN
BOSNIEN
IRAN
SOMALIA
NIGERIA
SRI LANKA
KROATIEN
SAMBIA

DEUTSCHLAND

Ulrike Behnen (Hg.)
In einem Fremdenland
Flüchtlinge und Deutsche erzählen

238 Seiten, 4-farb. Broschur
4 farb. Abbildungen
19.80 DM/sFr - 155 öS
ISBN 3-928300-30-X,





FRAUENKÄMPFE auf den PHILIPPINEN

INFORMATIONS- und DISKUSSIONSVERANSTALTUNG
am: Donnerstag 9.02.95, 19uhr
im: Frauenzentrum S.U.S.I.; Monbijouplatz 4; S-Bhf. Hackescher Markt

Internationalistische Feministinnen berichten von der 6. WISAP*-Konferenz (*Women's international solidarity affaires in the Philippines), Okt. 94. organisiert durch die feministische Organisation GABRIELA zum Thema: "Boden gewinnen, Stärke aufbauen: Vorwärts im Befreiungskampf der an der Basis arbeitenden Frauen".
Als WISAP-Teilnehmerinnen und während des mehrwöchigen Aufenthaltes auf den Philippinen gab es die Möglichkeit, die Arbeit von GABRIELA näher kennenzulernen und an ihren Aktionen teilzunehmen. Diese Erfahrungen wollen wir vermitteln und Diskussionen über strategische Gemeinsamkeiten und feministische Bewegungen im Trikont und unsere Mobilisierungsmöglichkeiten gegen das imperialistische Patriarchat HIER führen.



Fantifa Marburg (Hg.)
Kameradinnen
Frauen stricken am braunen Netz

ca. 180 Seiten, Broschur
30 Abbildungen,
19.80 DM/sFr - 155 öS
ISBN 3-928300-25-3

Kurztext:

Wenig beachtet ist bislang die Beteiligung von Frauen am neuen deutschen Rechtsruck. Faschismus gilt schließlich als ausdrücklich männlich-patriarchale Ideologie.
Frauen mischen jedoch mit - in den ideologiebildenden Zirkeln der "Neuen Nechten", als Funktionärinnen in Parteien, in der "Braunzone" von Esoterik bis "Neuheidentum" und in illegalen Kaderorganisationen. Aus dieser Tatsache ergeben sich eine Reihe von Ansatzpunkten für kritische Diskussionen innerhalb feministischer Zusammenhänge.
Lange Zeit haben Feministinnen nur nach positiven Vorbildern in Geschichte und Gegenwart gesucht; die Zeit ist reif, sich auch mit den "Täterinnen" auseinanderzusetzen. Die *Kameradinnen* sichtbar und damit angreifbar zu machen, ist daher der vorrangige Anspruch dieses Buches.

Aus dem Inhalt:

Gudrun Hentges: Frauen und Rechtsextremismus - Was ist für Frauen an faschistischer Ideologie und Organisierung attraktiv?
Antje Schwarzmeier/ Eike Wunderlich: Politische Aktivistinnen für Volk und Vaterland - Organisierte (Neo-)Faschistinnen ...
Annette Skrydlo/ Nikola Wohllaib: Frauen bei den Republikanern
Renate Bitzan: Rechter Geist aus Frauenfedern
Stefanie v. Schnurbein: Weiblichkeitskonzeptionen in neugermanischen Heidentum und in der feministischen Spiritualität



SOLIPARTY FÜR DEN ERMITTLUNGSAUSSCHUSS

4.2. im EX ab 22uhr

Mehringhof, Gneisenaustr.2a